



Werte verteidigen, Zukunft sichern

Arbeitsbericht der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag 2014

Werte verteidigen, Zukunft sichern

Arbeitsbericht der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag 2014

Inhalt

4	Vorwort Wir stellen die Weichen für Deutschlands Zukunft	52	Die Vielfalt der Familie anerkennen
8	Außenpolitik in Krisenzeiten: Interessen wahren – Werte verteidigen	56	Gute Pflege ist ihr Geld wert
16	Religionsfreiheit mehr Beachtung schenken	62	Weitere Informationen zu ausgewählten Politikfeldern
20	Für ein starkes Europa	66	Fraktionsvorstand Geschäftsführender Vorstand Arbeitsgruppen Soziologische Gruppen und Beisitzer
24	Leben in Freiheit – in einem sicheren Land	70	Weitere Gremien Beauftragte des Vorsitzenden Landesgruppen Gremien des Bundestages
28	Solide Finanzen als Basis für Wohlstand	73	311 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete
36	Mobil und vernetzt in die Zukunft	75	Kontakt
40	Bildung – Ressource in einem rohstoffarmen Land	76	Impressum
44	Wirtschaftskraft bewahren – Energiepolitik neu ausrichten		
48	Mehr Gerechtigkeit für Mütter		

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Vorwort

Wir stellen die Weichen für Deutschlands Zukunft

Die Union ist bei den Bundestagswahlen vor gut einem Jahr als klarer Sieger hervorgegangen. Das Ergebnis war vor allem ein Vertrauensbeweis für Angela Merkel, aber auch für CDU und CSU insgesamt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war in ihrer Geschichte – bis auf eine Ausnahme – noch nie so groß wie in dieser Wahlperiode. Wir können darauf stolz sein.

Dies gilt umso mehr, als die Zustimmung der Bürger in Umfragen weiter auf einem hohen Niveau liegt – was ein Jahr nach einer Wahl nicht selbstverständlich ist. Wir liegen also mit unserer Politik richtig. CDU und CSU sind die einzig verbliebenen Volksparteien in Deutschland und die einzigen Parteien der Mitte.

Diesem Anspruch müssen wir weiter gerecht werden. Darum gilt es, unsere Politik des Augenmaßes und der Vernunft auch in der Koalition mit den Sozialdemokraten fortzusetzen. Das bedeutet konkret: Die Bundestagsfraktion wird gemeinsam mit der Kanzlerin und unseren

Ministern alles daran setzen, dass Deutschland wirtschaftlich auf Erfolgskurs bleibt. Gerade für die kommenden Jahre gilt, dass alles unterbleiben muss, was Beschäftigung und Wachstum gefährden könnte.

Schon deshalb hat die Union darauf gedrungen, dass 2015 unter dem Strich keine neuen Kredite mehr aufgenommen werden. Das wird nun umgesetzt. Denn eine Abkehr von der Politik der Haushaltskonsolidierung würde mit Sicherheit neue Diskussionen über den Euro auslösen.

Trotz der sparsamen Haushaltsführung ist es uns gleichwohl gelungen, die Ausgaben für Forschung und Bildung von Seiten des Bundes weiter zu erhöhen. Das ist nötig, denn unsere Industrie steht vor einer neuen Entwicklungsstufe, was mit dem Stichwort Industrie 4.0 zusammengefasst wird. Die deutschen Unternehmen sind hier Spitze. Sie werden das aber nur bleiben, wenn sie Produktionsweise und Produkte immer weiter fortentwickeln.

Bild links: Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht während einer Fraktions-sitzung

Bild rechts: Volker Kauder und Gerda Hasselfeldt am Rande einer Fraktions-sitzung



Der Unionsfraktion war es zudem wichtig, für mehr Gerechtigkeit bei den Mütterrenten zu sorgen. Nicht alle haben geglaubt, dass wir unser Versprechen aus dem Wahlkampf umsetzen können. Aber wir haben Wort gehalten: Für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, erhalten die Mütter nun ein zusätzliches Jahr Erziehungszeit angerechnet. Ebenso bedeutend ist im sozialpolitischen Bereich die Pflege-reform. Mit ihr werden nicht nur die Leis-tungen verbessert. Zur Entlastung der Jüngeren wird auch ein Kapitalstock aufgebaut.

Ungeachtet dieser wichtigen innenpolitischen Entscheidungen stand das Jahr 2014 ganz

im Zeichen der Außenpolitik. 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs und 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ist die Welt wieder unsicherer geworden.

In Europa mussten wir erleben, wie Russland das Völkerrecht brach und mit der Krim einen Teil eines Nachbarlandes einfach annektierte, so als wären alle Lehren aus zwei Weltkriegen null und nichtig. Die Friedensordnung, die sich nach 1990 etabliert hat, wird von Moskau igno-riert. An den Rändern der Ukraine gilt wieder das Recht des Stärkeren. Diese Ereignisse werden in Europa nicht so schnell vergessen werden.



In Nordafrika und dem Mittleren Osten werden wir Zeugen, wie fanatische, vor nichts zurückschreckende Islamisten Menschen zu Tausenden ermorden und Hunderttausende in die Flucht treiben. Ihr Motiv ist der Hass gegenüber Andersgläubigen. Von der Bundestagsfraktion aus beobachten wir schon seit Jahren mit Sorge, wie die Verfolgung von Menschen aus religiösen Gründen zunimmt. Immer wieder haben wir auf diese Entwicklung hingewiesen. Anfangs wurden unsere Warnungen von manchen belächelt, doch leider hat uns die Entwicklung recht gegeben.

Der Terror des sogenannten Islamischen Staates ist eine Herausforderung für die Zivilisation

insgesamt. Dem müssen sich alle friedliebenden Nationen widersetzen. Die Koalitionsfraktionen wollen hierzu ihren Beitrag liefern. Und wir müssen aufpassen, dass Hass und Gewalt nicht auf Deutschland übergreifen.

Volker Kauder MdB

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Außenpolitik in Krisenzeiten: Interessen wahren – Werte verteidigen

Deutschland steht mit seinen Partnern in der Europäischen Union und der NATO, in Amerika, in Asien und anderen Teilen der Welt für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir setzen uns ein für die Wahrung der Menschenrechte und die Achtung der Menschenwürde.

Auf Basis dieser klaren Werte stellt sich Deutschland seiner internationalen Verantwortung. Die Unionsfraktion will, dass immer mehr Menschen ihr Leben auf dem Fundament dieser Werte gestalten können. Darum dient deutsche Außenpolitik dem Ziel einer friedlichen und gerechten Ordnung in Europa und der Welt. Das „C“ in ihrem Namen – das die christlichen Werte repräsentiert – ist für die CDU/CSU-Fraktion zentraler Leitfaden.

Doch unsere Werte und unser Wohlergehen sind bedroht. Während wir in Deutschland in stabilen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen leben, erleben die Menschen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Teilen Afrikas, aber auch im Osten der Ukraine einen Alltag, der von Gewalt, Terror und Vertreibung gekennzeichnet ist. In immer mehr Ländern zerfällt die staatliche Ordnung. Und in vielen anderen Ländern werden die Menschenrechte und die Menschenwürde nicht ausreichend respektiert.

Krisenregion Naher und Mittlerer Osten

Die Unionsfraktion will ihren Teil dazu beitragen, dass in der Region des Nahen und Mittleren Ostens Frieden und Stabilität einkehren. Gegenüber verfolgten Christen, aber auch gegenüber ethnischen und religiösen Gruppen wie den Jesiden sieht sie sich besonders in der Verantwortung.

Der Bürgerkrieg in Syrien und das Aufkommen der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) in Teilen Syriens und des Iraks haben zu humanitären Katastrophen ungeahnten Ausmaßes geführt. Auf das Flüchtlingsproblem hat



Syrische Flüchtlinge
an der Grenze zur Türkei

Deutschland deutlich engagierter reagiert als die meisten anderen EU-Staaten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass alle Menschen in Syrien und dem Irak Zugang zu humanitärer Hilfe erhalten. Die von den Flüchtlingsströmen am meisten betroffenen Nachbarländer Türkei, Libanon und Jordanien erfahren unsere besondere Solidarität und Unterstützung. Es hat sich gezeigt, dass Deutschland sich vor Ort humanitär, aber auch in anderer Weise stärker engagieren muss, etwa durch Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak.

Freundschaft mit Israel

Wie prekär die Lage im Nahen Osten ist, zeigt auch der schwelende und immer wieder aufflammende Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind die Sicherheit und das Existenzrecht des jüdischen und demokratischen Staates Israel nicht verhandelbar. Grundlage für diese Sicherheit ist ein Ende von Terrorismus und Gewalt. Einen dauerhaften Frieden kann es nur auf der Basis einer Zwei-Staaten-Lösung geben, mit der die Grenzen zwischen Israel und einem palästinensischen Staat endgültig festgelegt werden.

Die Ukraine-Krise und Russlands Abkehr vom Westen

Nach dem Ende des Kalten Krieges schien dauerhaft Stabilität auf dem europäischen Kontinent eingezogen zu sein. Doch seit Russland die Krim annektiert hat und prorussische Separatisten mit Unterstützung Moskaus den Osten der Ukraine in einen blutigen Konflikt verwickelt haben, ist Europa wieder unsicherer geworden. Die EU-Staaten und die NATO-Partner in Mittel- und Osteuropa fühlen sich zu Recht bedroht. Der NATO-Gipfel in Wales im September 2014 hat überzeugend auf die neue Lage geantwortet und die Sicherheitsgarantie für alle Mitglieder der Allianz bekräftigt.

Die Unionsfraktion bekennt sich zu den EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine sowie mit Moldau und Georgien, die zu einer Annäherung dieser Länder an die Europäische Union führen sollen. Diese Abkommen wie auch das gesamte Konzept der östlichen Partnerschaft der EU sind nicht gegen Russland gerichtet. Im Gegenteil: Sie schließen die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Russland ausdrücklich ein.

Es liegt im strategischen Interesse Deutschlands, eng mit einem starken, politisch und wirtschaftlich modernen, rechtsstaatlich und demokratisch handelnden Russland zusammenzuarbeiten. Dafür muss aber das verloren gegangene Vertrauen seitens Russlands wiederhergestellt werden. Klar ist auch: Souveränität, territoriale Integrität und Gleichberechtigung stehen als Prinzipien der internationalen Ordnung nicht zur Disposition.

Stärkung der transatlantischen Partnerschaft

Gerade das Aufkommen des „IS“ in Syrien und Irak und das Einschreiten der Vereinigten Staaten zeigen: Die USA sind als Führungsmacht der freien Welt nicht zu ersetzen. Trotz der Spähaffäre bleiben die USA der wichtigste Partner Deutschlands. Natürlich ist es nicht hinnehmbar, dass US-Geheimdienste über konkrete Verdachtsfälle hinaus unsere Staatsbürger ausspähen sowie in deutschen Institutionen oder der Wirtschaft spionieren. Doch dies müssen wir bilateral klären, etwa mit dem „Cyber-Dialog“ über die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit.

Globale Herausforderungen und Bedrohungen indessen können wir nur gemeinsam mit den Vereinigten Staaten bewältigen. Dafür ist die Zusammenarbeit der Geheimdienste notwendig, von der auch wir erheblich profitieren, wenn es um unsere Sicherheit geht.

Bundeskanzlerin Angela Merkel beim G8-Gipfel in Nordirland im Kreis ihrer Kollegen



Die Gruppe der Frauen setzt sich für die Freilassung der Mädchen ein, die von der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram in Nigeria entführt worden sind



Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt alle Initiativen, die geeignet sind, verlorenes Vertrauen in der transatlantischen Partnerschaft wieder aufzubauen. Keinesfalls wäre der Abbruch der Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen eine geeignete Reaktion. Das Abkommen, das den Abbau von Zollschränken sowie die Entwicklung gemeinsamer Industriestandards zum Ziel hat, bietet Europa eine Reihe wirtschaftlicher Chancen, nicht zuletzt die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die europäischen Standards und Rechte, etwa bei Gesundheits- und Lebensmittelfragen, stehen für die EU-Kommission nicht zur Disposition. Daher können sie auch kein Vorwand dafür sein, ein transatlantisches Wirtschaftsabkommen abzulehnen. Vielmehr sollten die Verhandlungen als Gelegenheit genutzt werden, die europäischen Standards global durchzusetzen.

Asiens Aufstieg

Trotz aller Krisen vor Europas Haustür behält die CDU/CSU-Fraktion den Aufstieg Asiens im Blick und zeigt Präsenz vor Ort. Das Entstehen einer kaufkräftigen asiatischen Mittelklasse von mehr als einer Milliarde Menschen in der kommenden Dekade bedeutet für Deutschland als führende Exportnation Chancen. Diese Chancen, aber auch die Risiken wie die Spannungen in Ostasien machen es umso wichtiger, dass der Austausch mit Freunden wie Japan und der Dialog mit strategischen Partnern wie China ausgebaut wird. Diesen in der vergangenen Legislaturperiode begonnenen Prozess setzt die Fraktion fort.



Experten diskutieren auf dem Fachgespräch der CDU/CSU-Bundtagsfraktion „Gemeinsam in Afrikas Zukunft investieren: Chancen für die deutsch-afrikanische Wirtschaftskooperation“

Afrika – Kontinent der Chancen

Eigentlich wollte die CDU/CSU-Fraktion dem Nachbarkontinent Afrika in diesem Jahr besondere Aufmerksamkeit widmen. Doch die akuten Krisen in der Ukraine und im Nahen und Mittleren Osten haben dieses Vorhaben überlagert. Dennoch: Das, was auf dem afrikanischen Kontinent geschieht, berührt Deutschland und Europa in all seiner Widersprüchlichkeit – vom hohen Wirtschaftswachstum bis zu den zunehmenden Flüchtlingsströmen, von der Ausbreitung des Ebola-Virus bis zum Ressourcenreichtum. Deshalb setzt die Unionsfraktion auf den Dialog mit Afrika. Mit einer Reihe von Fachgesprächen, gefolgt von einem Kongress hat die Fraktion diesen Schwerpunkt 2014 unterstrichen. Ziel ist es, Afrika besser zu verstehen und Deutschlands Präsenz auszubauen.

Weitere Informationen unter
www.cducusu.de/auswaertiges
www.cducusu.de/entwicklung
www.cducusu.de/verteidigung



Bundeswehreinsätze weltweit

Die Bundeswehr dient nicht nur der Verteidigung unseres Landes und seiner transatlantischen Verbündeten, sie ist auch in Einsätzen der Vereinten Nationen sowie von NATO und EU in Krisengebieten weltweit präsent. Die umfangreichsten Missionen – gemessen an der Zahl der Soldaten – sind die Einsätze in Afghanistan, im Kosovo und am Horn von Afrika.

Erst in den letzten beiden Jahren hinzugekommen sind Operationen an der türkischen Grenze zu Syrien, in Mali und in Zentralafrika. Seit September unterstützt die Bundeswehr auch die irakische Zentralregierung und die kurdische Regionalregierung im Nordirak im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“. Die kurdischen Peschmerga im Nordirak werden dafür mit Ausrüstungsgütern und Waffen aus den Beständen der Bundeswehr beliefert. Auch im Kampf gegen die Ebola-Epidemie hilft die Bundeswehr mit Transportkapazitäten und Material für eine Bettenstation.

Die bisher längsten Friedensmissionen sind diejenigen auf dem Balkan, wo sich die Bundeswehr seit 1996 engagiert, zunächst bis 2012 in Bosnien-Herzegowina sowie seit 1999 auch und bis heute im Kosovo. Auch nachdem das Kosovo 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien proklamiert hat, sichert die KFOR dort den Aufbau eines demokratischen Staatwesens ab. Die Bundeswehr beteiligt sich derzeit an KFOR mit rund 700 Soldaten und Soldatinnen.

Der internationale Afghanistan-Einsatz begann drei Monate nach den Terroranschlägen des 11. September 2001. Die Bundeswehr beteiligte sich daran von Anfang an. Aufgabe der internationalen Truppe unter Führung der NATO war es zu verhindern, dass Afghanistan zum Rückzugsraum für Terroristen aus

aller Welt wird. Der Kampfeinsatz wird Ende des Jahres beendet und 2015 von einer Mission zur Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte abgelöst. Während derzeit noch rund 1.500 deutsche Soldaten in Afghanistan im Einsatz sind, sollen sich an der Folgemission nur noch bis zu 800 beteiligen.

Der Bekämpfung von Piraten, die die internationale Handelschifffahrt am Horn von Afrika bedrohen, dient die EU-Mission Atalanta, die seit 2008 besteht. Die Bundeswehr beteiligt sich an ihr mit einer Fregatte und rund 300 Soldaten. Die Überwachung des Seegebiets vor der Küste Somalias hat dazu geführt, dass die Überfälle von Piraten im Laufe der Zeit weniger wurden.

Vom seit drei Jahren andauernden Bürgerkrieg in Syrien fühlt sich auch das NATO-Mitglied Türkei bedroht. Mehrfach wurden türkische Bürger durch Beschuss aus dem Nachbarland verletzt oder getötet. Auf Bitten von Ankara unterstützt die NATO die Türkei seit Ende 2012 bei der Überwachung ihrer Grenze zu Syrien. Die Bundeswehr beteiligt sich derzeit mit 250 Soldaten an dieser Mission. Sie setzt dabei AWACS-Aufklärungsflugzeuge und Flugabwehrsysteme vom Typ Patriot ein.



Eine Transportmaschine der Bundeswehr vor dem Abflug in den Nordirak



Religionsfreiheit mehr Beachtung schenken

Diskriminierung und Gewalt aus religiösen Gründen nehmen überall auf der Welt zu. Bereits in jedem zweiten Staat, der den Vereinten Nationen angehört, ist die Religionsfreiheit bedroht. Am dramatischsten ist die Lage im Nahen Osten und Nordafrika. Der Vormarsch der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) symbolisiert diese neue Art von Gewalt: Der „IS“ verbreitet Furcht und Schrecken, tötet und quält Menschen mit unvorstellbarer Grausamkeit. Eine gewaltige Fluchtwelle führt zu einer humanitären Notlage. Die Weltgemeinschaft sucht nach einem Weg, diese Extremisten, die die Welt in totalitäre Unterdrückung und Gewaltherrschaft führen wollen, wirksam zu bekämpfen.

Extremismus betrifft Menschen aller Religionen

Der Extremismus betrifft Menschen aller Religionen. In zahlreichen Staaten bilden die Trennlinien zwischen den Religionen die Grundlage für die Bereitschaft, Andersgläubige zu unterdrücken, mit Gewalt und Verfolgung zu bedrohen. Dies gilt für Gesellschaften, in denen der Frieden zwischen den Religionen schon lange brüchig war, wie für Staaten, in denen es lange Traditionen eines friedlichen Zusammenlebens gibt.

Die CDU/CSU-Fraktion steht für die Überzeugung, dass die Religions- und Glaubensfreiheit eines der wichtigsten Menschenrechte ist, da sie den Kern der Persönlichkeit betrifft. Die Freiheit, eine Religion oder Überzeugung zu haben, sich zu ihr zu bekennen oder sie zu wechseln, ist grundlegend für viele andere Grundrechte – wie etwa die Meinungs-, Versammlungs- oder Gewissensfreiheit. Ein Eintreten für die Menschenrechte, ausdrücklich auch für Religionsfreiheit, ist Bestandteil der wertorientierten Außenpolitik Deutschlands. Im Koalitionsvertrag wurde deswegen erstmals festgeschrieben, dass Deutschland sich auch für das Recht auf Religionswechsel einsetzt. Gerade in islamisch geprägten Staaten werden Menschen, die dieses Recht in Anspruch nehmen und vom Islam zu einer anderen Religion wechseln, teilweise mit

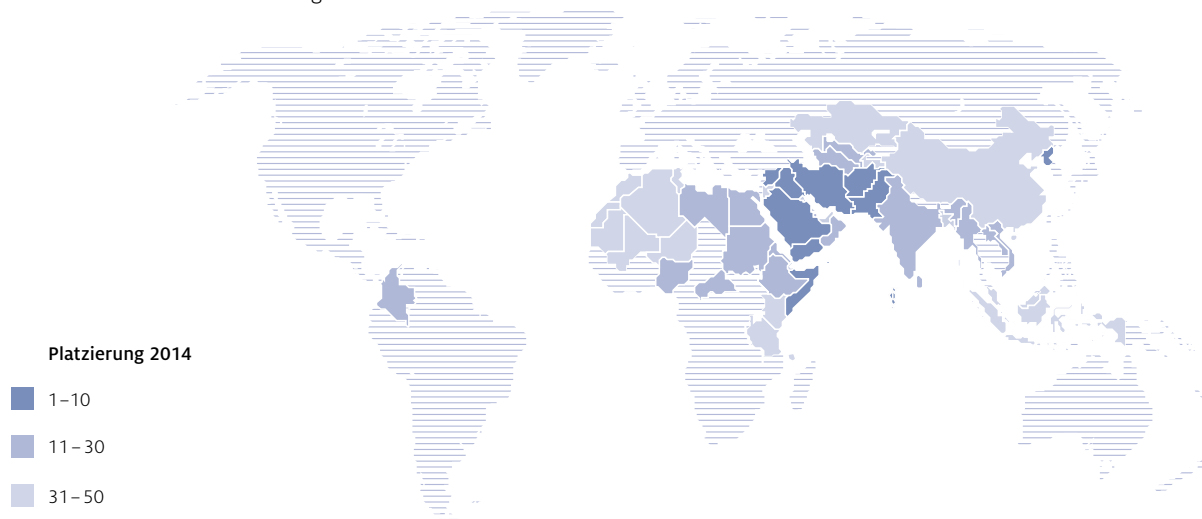
dem Tode bedroht. Selbstverständlich bedeutet ein Einsatz für die Menschenrechte weltweit ebenso, dass die Union sich auch in Deutschland eindeutig zur Religionsfreiheit bekennt.

Christen zunehmend verfolgt

Unbestreitbar ist, dass weltweit kaum eine Religion von Diskriminierung und Verfolgung bis hin zu Terror verschont bleibt. Ebenso richtig ist aber auch, dass insbesondere Christen betroffen sind. Christen dürfen in vielen Staaten ihren Glauben nur bedingt leben – sei es als traditionelle Religion wie in Syrien, der Türkei oder dem Irak, sei es als neue und wachsende Gemeinschaft wie in Nordkorea oder China. Über das Leid anderer Religionsgemeinschaften wird vielfach von Regierungen oder Nichtregierungsorganisationen berichtet. Jedoch fand sich lange Zeit keine Organisation oder Regierung, die auf die zunehmenden Probleme, denen sich Christen weltweit ausgesetzt sehen, hinzuweisen bereit war.

Weltverfolgungsindex 2014

Wo Christen am stärksten verfolgt werden



Quelle: www.opendoors.de

Volker Kauder im Gespräch mit Menschen, die vor dem „Islamischen Staat“ nach Erbil (Nordirak) geflohen sind



Seit 2006 setzt sich die CDU/CSU-Fraktion unter Führung ihres Vorsitzenden Volker Kauder dafür ein, dass dies nicht länger so bleibt. Mit Kongressen, Bundestagsdebatten und nicht zuletzt mittels persönlicher Diplomatie tritt die Fraktion für die Christen ein. Das Bekenntnis im Koalitionsvertrag zur Religionsfreiheit kam zur rechten Zeit: Die Ereignisse in Nahost überschlagen sich – die Christen in Syrien und im Irak, die koptische Gemeinschaft in Ägypten oder das ehemals starke und selbstbewusste Christentum im Libanon stehen unter großem Druck. Viele Christen verlassen ihre Heimat und suchen ihre Zukunft außerhalb dieser Region, die die Wiege des Christentums darstellt. Während schon seit jeher zahlreiche Christen aus dem Nahen Osten auswandern, ist das Überleben der Gemeinschaften dort nun akut bedroht.

Schon seit der letzten Wahlperiode spielt der nach dem ersten christlichen Märtyrer benannte Stephanuskreis der Fraktion eine wichtige Rolle, wenn es um die Information von Parlament und Öffentlichkeit über das Schicksal bedrängter christlicher Gemeinschaften und einzelner Personen geht. Hier berichten bedrängte und verfolgte Christen von ihrer Lage, hier werden Netzwerke der Hilfe geknüpft und parlamentarische Initiativen vorbereitet.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/auswaertiges
www.cducsu.de/menschenrechte
www.cducsu.de/kirchenbeauftragter



Für ein starkes Europa

Die Zusammenarbeit mit den Partnern in der Europäischen Union und ihren Nachbarn bleibt ein Grundpfeiler der Politik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die EU durchläuft eine Periode gravierender Veränderungen, in der Deutschland als wirtschaftlich starker Mitgliedstaat und Stabilitätsanker in eine größere Verantwortung hineinwächst. Die Unionsfraktion bekennt sich zu dieser Verantwortung und arbeitet weiter aktiv an der Gestaltung Europas mit.

Schwerpunkte bisher waren die Weiterentwicklung der Währungsunion, die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten sowie der Schutz europäischer Grundwerte. Die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien hat die CDU/CSU-Fraktion konstruktiv und kritisch begleitet; die Aufnahme Lettlands und Litauens in die Euro-Zone hat sie unterstützt. Initiativen zur Förderung der deutschen Sprache in den Institutionen der EU und die Organisation der Zusammenarbeit des Bundestages mit der Bundesregierung in EU-Fragen waren weitere Schwerpunkte. Die Fraktion wirbt dafür, dass in der EU-Kommission ein Beauftragter für Religionsfreiheit benannt wird.

Stabilisierung des Euro

Der Euro ist das Herzstück der Wirtschafts- und Währungsunion. Die gemeinsame Währung und der Binnenmarkt helfen Deutschland und der EU, als attraktiver Wirtschaftsraum im globalen Wettbewerb zu bestehen und unser aller Wohlstand zu sichern. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will einen stabilen Euro in einer Währungsunion mit möglichst vielen EU-Mitgliedstaaten. Heutige und künftige Mitglieder müssen ihren Beitrag dazu leisten, indem sie solide wirtschaften und für ihre Schulden selber haften. Nur dann ist im Krisenfall auch Solidarität möglich. Die Nichteinhaltung der Stabilitätskriterien in einigen Mitgliedstaaten hat zu einer Vertrauenskrise der gesamten Euro-

Zone geführt. Sie kann nur dann dauerhaft überwunden werden, wenn die Länder unter dem Rettungsschirm, aber auch die anderen Euro-Staaten konsequent die notwendigen Reformen durchführen.

Integration vertiefen, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sichern

Europa gewinnt seine Stärke aus der Gemeinsamkeit. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, ein robustes Wirtschaftswachstum und Zukunftsinvestitionen sind die Voraussetzungen dafür, dass neue Arbeitsplätze entstehen. Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen müssen konsequent und sozialverträglich weitergeführt werden. Im EU-Haushalt sollen Projekte für Wachstum, Beschäftigung und Innovation auf den Weg gebracht werden. Mehr Geld muss in erneuerbare Energien, Verkehr, Breitbandversorgung, Bildung und Forschung investiert werden. Die Digitalisierung wird weitere Bereiche im Wirtschaftsleben – Stichwort Big Data oder Industrie 4.0 – und im Privatleben der Bürger verändern. Gut, dass dieses Zukunftsfeld in der Kommission mit dem CDU-Politiker Günther Oettinger hervorragend besetzt ist.

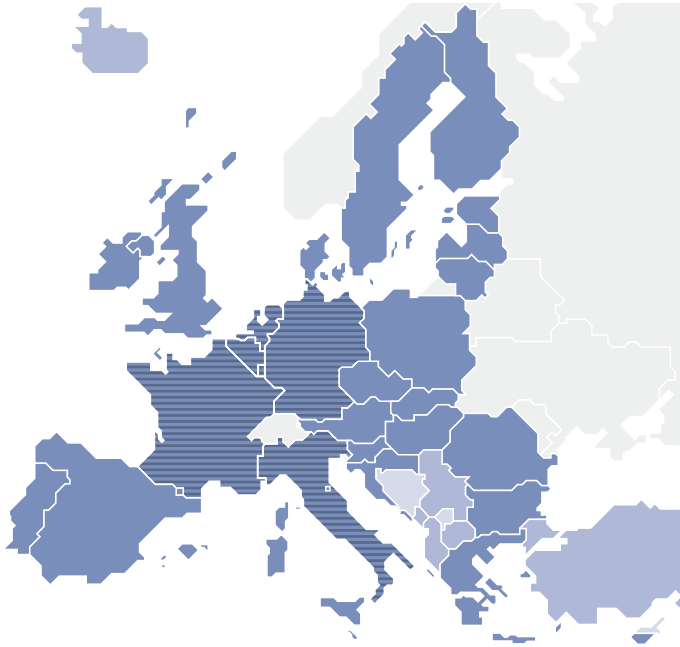
Demokratie und Subsidiarität bedingen einander

Für das Vertrauen der Bürger in die EU ist es wichtig, deren demokratische Legitimation zu stärken. Entscheidungen der EU müssen nachvollziehbar sein. Hier muss das Europäische Parlament eine starke Rolle einnehmen; die nationalen Parlamente müssen eng eingebunden werden. Damit die Bürger akzeptieren, dass Europa immer enger zusammenwächst, ist es unerlässlich, das Subsidiaritätsprinzip strikt einzuhalten: Was auf nationaler Ebene besser geregelt werden kann, soll auch dort geregelt werden. Auch die Rückverlagerung von Aufgaben von der europäischen auf die nationale Ebene darf kein Tabu sein.

Beitrittsprozesse konstruktiv und kritisch begleiten

Die CDU/CSU-Fraktion unterstützt die Heranführung der EU-Beitrittsländer auf dem Balkan, legt aber Wert auf die strikte Einhaltung der politischen und ökonomischen Beitrittskriterien. Neue Mitgliedstaaten dürfen keine neuen Probleme in die EU hineinragen. Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich konkret dafür ein, die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro und Serbien voran-

EU-Zugehörigkeit



Aus einer Gemeinschaft von sechs Gründungsmitgliedern (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden) ist heute ein Staatenverbund mit 28 Mitgliedern und einer Bevölkerung von über einer halben Milliarde Menschen geworden.

Jüngstes Mitglied der Europäischen Union ist Kroatien, das am 1. Juli 2013 beiträt. Derzeit führt die EU Beitrittsverhandlungen mit Albanien, Montenegro, der Ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, mit Serbien sowie der Türkei. Die übrigen Staaten des westlichen Balkans (Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo) genießen den Status potenzieller Beitrittskandidaten. Island hat die Beitrittsverhandlungen im Februar ausgesetzt.

- Gründungsmitglieder
- Mitgliedstaaten
- Staaten in Beitrittsverhandlungen
- Potenzielle Beitrittskandidaten

zubringen, sie konstruktiv, aber auch kritisch zu begleiten. Die bislang enttäuschend verlaufenden Verhandlungen mit der Türkei will die Unionsfraktion fortsetzen, aber immer deutlich machen, dass sie dies als einen Prozess mit offenem Ende betrachtet: Einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes stehen drohende Rückschritte in der demokratischen Entwicklung gegenüber. Mit mehr Engagement für den Rechtsstaat muss die Türkei beweisen, dass sie die europäische Perspektive ernst nimmt.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/europa





Leben in Freiheit – in einem sicheren Land

Die Freiheit und Sicherheit der Menschen zu gewährleisten ist eines der wichtigsten Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Für die Union steht fest, dass das Leben in Freiheit nur in einem sicheren Land möglich ist. Krisen und terroristische Bedrohungen in zahlreichen Ländern der Welt stellen auch die Innen- und Rechtspolitik in Deutschland vor neue Herausforderungen, denen sie sich stellen muss.

Immer mehr Flüchtlinge machen sich auf den Weg nach Europa, erhoffen sich hier ein Leben in Sicherheit und eine bessere Zukunft. Deutschland nimmt politisch Verfolgte und Flüchtlinge aus Krisengebieten auf und unterstützt sie. Damit den tatsächlich Betroffenen schnell geholfen werden kann, hat die Koalition die Liste sicherer Herkunftsstaaten um Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina erweitert. Denn Asylbewerber aus diesen Staaten haben ohnehin nur geringe Anerkennungschancen. Um die Funktionsfähigkeit unseres Asylsystems zu gewährleisten, wurde zudem die missbräuchliche Zuwanderung von mittellosen EU-Bürgern aus rein finanziellen Gründen erschwert. Um Verfahren schneller bearbeiten zu können, wurde das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit zusätzlichen Stellen und Sachmitteln ausgestattet. Städte und Kommunen, die angesichts des Zuwanderungsstroms die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit erreichen, werden finanziell entlastet.

Islamischen Extremismus eindämmen

Eine immer größer werdende Bedrohung für die öffentliche Sicherheit in Deutschland stellt der islamische Extremismus dar. Gerade die wachsende Zahl der Salafisten, die einer besonders extremistischen Lehre innerhalb des Islam anhängen, stellt die Sicherheitsbehörden vor Herausforderungen. Unsere Demokratie muss sich hier besonders wachsam zeigen. Das gilt vor allem mit Blick auf Islamisten, die mit Terrorausbildung oder Kampferfahrung nach

Deutschland zurückkehren. Die Unionsfraktion wird alles tun, um dieser Gefahr zu begegnen. Unsere Gesetze sind dort anzupassen, wo sie sich im Kampf gegen Dschihadismus und Islamismus als unzureichend erweisen – das gilt etwa bei Sympathiebekundungen für Terrorvereinigungen.

Datenschutz und Datensicherheit verbessern

Eine Herausforderung ganz anderer Art sind der Datenschutz und die Datensicherheit. Die Öffentlichkeit wurde im letzten Jahr beinahe täglich mit neuen Enthüllungen in der Affäre um den US-Geheimdienst NSA konfrontiert. Im Bundestag widmet sich ein Untersuchungsausschuss der Aufklärung der Spionagefälle. Ausspähaktivitäten sollten unter Freunden nicht vorkommen. Im Cyber-Dialog versuchen beide Seiten, eine gemeinsame Basis für mehr Datenschutz und Datensicherheit zu erarbeiten.

Eine ungleich größere Bedrohung für die IT-Sicherheit stellen die Aktivitäten anderer Staaten ebenso wie die der organisierten Kriminalität dar. Die Grundlagen für den Schutz unseres Internets werden im IT-Sicherheitsgesetz gelegt.

Deutschland als Standort für die Hochtechnologiebranche sollte in besonderer Weise die Potenziale der Digitalisierung nutzen. Dies ist Voraussetzung für die weitere Entwicklung und den Wohlstand unseres Landes. Der Staat muss hier die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Mit der „Digitalen Agenda 2014 – 2017“ und der neuen Hightech-Strategie hat die Bundesregierung wichtige Leitlinien formuliert. Grundlegende Voraussetzung für die Teilhabe an den Chancen der digitalen Gesellschaft ist und bleibt der Netzausbau. Am



Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Thomas Strobl beim Fachgespräch „Sicherheitsrisiko Dschihadisten“ mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen

Asyl und Flüchtlinge

Deutschland leistet einen wichtigen Beitrag bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Innerhalb der Europäischen Union nimmt Deutschland heute mit großem Abstand die meisten Asylbewerber überhaupt auf. Im Jahr 2013 haben 127.000 Menschen in Deutschland Asyl beantragt, das sind fast 30 Prozent aller in der EU gestellten Asylanträge. Für das gesamte Jahr 2014 wird mit rund 200.000 Asylanträgen gerechnet.

Deutschland leistet auch europaweit den größten Beitrag, um Flüchtlingen aus Syrien eine Zuflucht zu bieten. Die Aufnahme wurde bundesweit auf 20.000 syrische Bürgerkriegsflüchtlinge verdoppelt. Insgesamt hat Deutschland zwischen 2011 und Juli 2014 rund 55.000 syrische Staatsbürger aufgenommen.

ehrgeizigen Ziel, mittels Breitbandausbau deutschlandweit eine Übertragungsgeschwindigkeit im Netz von 50 Megabit pro Sekunde bis 2018 bereitzustellen, hält die Koalition fest.

Kinder vor sexueller Ausbeutung schützen

Die Verwendung und Verbreitung kinderpornografischen Materials hat durch die Digitalisierung völlig neue Dimensionen erreicht. Um Kinder vor sexueller Ausbeutung besser zu schützen, stellt die Koalition Geschäfte mit Nacktaufnahmen von Kindern konsequent unter Strafe. Auch wird die Intimsphäre von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen künftig besser gewahrt, wenn es um Fotos oder Filme geht. Zudem werden Minderjährige vor sexuellen Übergriffen in Erziehungsverhältnissen umfassender geschützt.

Zwangsprostitution und Menschenhandel bekämpfen

Zwangsprostitution und Menschenhandel finden mitten in Deutschland statt. Zum Schutz der Opfer, die sich in einer unerträglichen Situation befinden, hat die CDU/CSU-Fraktion im April 2014 Eckpunkte zur Bekämpfung von Zwangsprostitution und Menschenhandel vorgestellt. Eine Novellierung des 2001 eingeführten Prostitutionsgesetzes ist dringend notwendig. Sie wurde inzwischen von der Koalition auf den Weg gebracht.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/innen
www.cducsu.de/recht
www.cducsu.de/1-untersuchungsausschuss





Solide Finanzen als Basis für Wohlstand

Die Union ist der Garant für solide Finanzen. Als Fraktion im Deutschen Bundestag, dem Hüter des Bundeshaushalts, arbeitet sie zielgerichtet am Abbau der Neuverschuldung. So konnte die Nettokreditaufnahme von geplanten 86 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf rund 22 Milliarden Euro im Jahr 2013 reduziert werden. 2014 konnte sie sogar auf 6,5 Milliarden Euro begrenzt werden. Das ist der niedrigste Wert seit 40 Jahren. Der Haushalt ist bereits strukturell ausgeglichen, die nationalen und europäischen Defizitregeln sind mit großem Abstand eingehalten.

Haushalt erstmals seit Jahrzehnten ausgeglichen

Mit dem Bundeshaushalt 2015 geht die große Koalition einen historischen Schritt: Erstmals seit 1969 kommt der Bund ohne neue Schulden aus. Und dies gelingt ohne Steuererhöhungen. Die Politik ohne Neuverschuldung wird über den gesamten Finanzplanungszeitraum fortgesetzt. Das Hauptziel eines ausgeglichenen Haushalts – das von der Unionsfraktion durchgesetzte Kernelement des Koalitionsvertrages – wird im nächsten Jahr verwirklicht. Der Paradigmenwechsel ist da.

Die gute Haushaltslage ist das Ergebnis der wachstumsfreundlichen Politik der unionsgeführten Koalitionen und ihrer Ausgabendisziplin. Auch der Haushalt 2015 ist kein reiner Sparhaushalt. Die Koalition nutzt durch steigende Steuermehreinnahmen entstandene Freiräume, um in Bildung und Forschung sowie in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur zu investieren. Im Koalitionsvertrag sind diese und weitere prioritäre Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von mehr als 23 Milliarden Euro detailliert veranschlagt und bereits in die Praxis umgesetzt.

Antje Tillmann,
Ralph Brinkhaus,
Norbert Barthle und
Bartholomäus Kalb
im Gespräch



Währungsunion: Kurs halten auch gegen Widerstände

Mit Blick auf die umfangreichen Stabilisierungsmaßnahmen an den Finanzmärkten und innerhalb der Währungsunion ist der Haushaltsausgleich umso erfreulicher. Deutschland hat in der vergangenen Wahlperiode Risiken auf sich genommen und Solidarität bewiesen. Es hat sich gelohnt; die Lage in Europa hat sich stabilisiert.

Zur Unterstützung von EU-Mitgliedstaaten, die akut in Finanznot geraten waren, wurde 2010 zunächst die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) eingerichtet, ein Rettungsschirm für eine begrenzte Zeit. Daraus wurden Hilfskredite für Portugal, Irland und Griechenland gezahlt. Anschließend wurde der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) geschaffen, ein auf Dauer eingerichteter Rettungsschirm. Hilfsprogramme aus dem ESM erhielten bisher Spanien und Zypern.



Geld aus den Rettungsfonds wird aber nur gezahlt, wenn die Antragsländer notwendige Strukturmaßnahmen in die Wege leiten. Darüber hinaus hat die Fraktion Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mit Nachdruck darin unterstützt, den Fiskalvertrag in

Europa durchzusetzen. Dieser schreibt allen Euro-Staaten unter anderem eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild vor. Zudem wurde der Euro-Plus-Pakt in Kraft gesetzt, ein Instrument zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in allen Mitgliedstaaten.

Inzwischen haben Spanien, Irland und Portugal ihre Hilfsprogramme regulär beendet. Griechenland hat trotz dramatischer Ausgangslage beeindruckende Fortschritte erzielt. Auch Zypern kommt gut voran. Das Vertrauen in die Euro-Zone kehrt zurück.

Es wäre ein Spiel mit dem Feuer, jetzt mit den Reform- und Konsolidierungsanstrengungen nachzulassen. Deshalb lehnt die CDU/CSU-Fraktion die von einigen EU-Ländern erneut vorgebrachte Forderung nach einer Aufweichung des Stabilitätspaktes strikt ab – mag sie noch so harmlos als „flexible Anwendung des Paktes“ deklariert werden.

Bankenunion vervollständigt die Währungsunion

Seit Krisenausbruch im Herbst 2008 haben die unionsgeführten Koalitionen über 40 stabilisierende Gesetzes- und Verordnungsvorhaben umgesetzt. Damit haben sie auch an den Finanzmärkten eine neue Stabilitätsarchitektur geschaffen. In dieser Legislaturperiode setzt die große Koalition den Reformkurs fort.

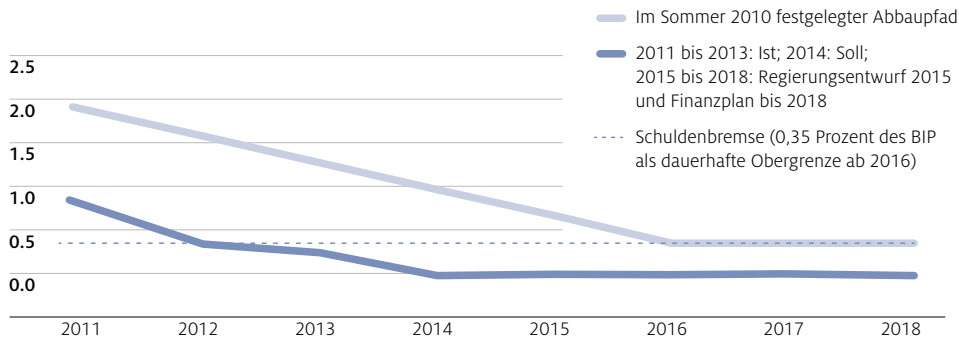
Zur Rettung einer Bank werden ab 2015 vorrangig ihre Eigentümer und Gläubiger herangezogen. Damit haften diejenigen, die unmittelbar vom Bankgeschäft profitieren. Sollte das nicht ausreichen, greift der europäische Bankenabwicklungsfonds, der mit Mitteln der Banken gefüllt wird. Nur danach und nur wenn alle anderen Maßnahmen nicht ausreichen, können Steuermittel zum Einsatz kommen.

Flankierend wird die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) weiter gestärkt. Sie soll sich nun um kollektiven Verbraucherschutz kümmern und kann von den Banken höhere Kapitalpuffer verlangen, empfindlichere Geldstrafen verhängen und Gewinne abschöpfen. In Krisensituationen kann sie riskante Geschäfte mit bestimmten Finanzprodukten ganz untersagen. Die Verzahnung mit dem europäischen Finanzaufsichtssystem hat im Herbst dieses Jahres begonnen. Im November übernahm die Europäische Zentralbank die direkte und einheitliche Aufsicht über rund 130 große europäische Banken.

Das entstandene Niedrigzinsumfeld stellt auch Lebensversicherungen vor große Herausforderungen. Mit dem Lebensversicherungsreformgesetz – einem besonderen Anliegen der Unionsfraktion – hat die Koalition dafür gesorgt, dass die Lebensversicherung ein Instrument zur Altersvorsorge bleiben kann. Es ist sichergestellt, dass die Kunden die vertraglich garantierten Leistungen auch mittel- bis langfristig ausgezahlt bekommen.

Entwicklung der strukturellen Neuverschuldung

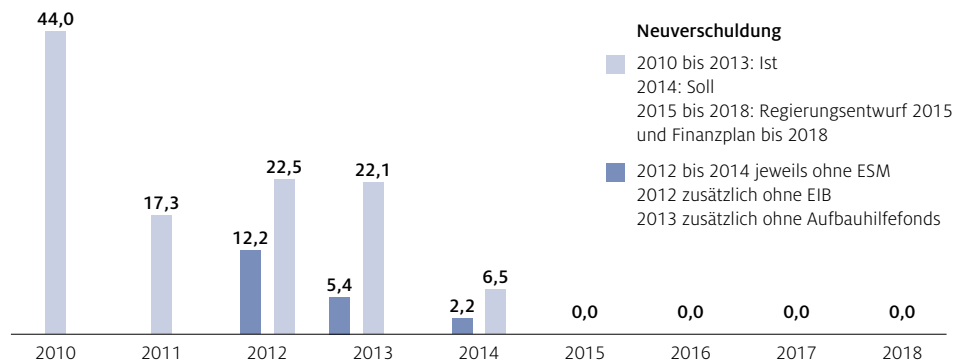
Angaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Stand: 2. Juli 2014

Keine neuen Schulden ab 2015

Entwicklung der Neuverschuldung des Bundes in Mrd. Euro



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Stand: 2. Juli 2014

Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs

In dieser Wahlperiode müssen die Weichen für die Zukunft unseres föderalen Finanzsystems neu gestellt werden. Es muss frühzeitig klar sein, wie es nach 2019 weitergeht – dem Jahr, in dem Solidarpakt II, Entflechtungsgesetz und Länderfinanzausgleich auslaufen und in dem jedes einzelne Land aufgrund der Schuldenbremse letztmals eine Nettokreditaufnahme aufweisen darf.

Eine solide mittelfristige Haushaltsplanung setzt tragfähige Entscheidungsgrundlagen voraus. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen damit begonnen, die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern zu durchleuchten, um Maßnahmen für eine sinnvolle Weiterentwicklung des Finanzausgleichs zu erarbeiten.

Entlastung der Kommunen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht zu ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung und setzt sich stets dafür ein, das Gemeinwesen vor Ort zu stärken. Maßstab ist eine stabilitäts- und wachstumsorientierte Politik, die sich unmittelbar in den Gewerbesteuererträgen niederschlägt. Diese Kommunalsteuer ist 2013 durch die gute wirtschaftliche Lage nochmals deutlich gestiegen und hat mit 43 Milliarden Euro den höchsten Stand seit 1991 erreicht.

Der Bundeshaushalt 2015 enthält zudem eine Direktentlastung für die Kommunen, die sich auf eine zusätzliche Milliarde Euro beläuft. Durch die hälftige Aufteilung auf die Kosten der Unterkunft und eine Erhöhung des kommunalen Anteils am Aufkommen der Umsatzsteuer werden sowohl finanzschwächere als auch finanzstärkere Kommunen unterstützt. Die große Koalition knüpft damit an die vergangene Wahlperiode an, in der die christlich-liberale Koalition die Übernahme der Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in den Bundeshaushalt beschlossen hat. Das entlastet die Kommunen allein im Zeitraum 2012 bis 2016 um rund 20 Milliarden Euro – die bislang größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Weitere Informationen unter
www.cduscu.de/haushalt
www.cduscu.de/finanzen
www.cduscu.de/kommunalpolitik



Mit der Bankenunion gegen künftige Krisen gewappnet

Mit der Bankenunion zieht Europa die Lehre aus der globalen Finanzkrise 2008/2009. Ziel ist es, den Bankensektor in der Euro-Zone für den Fall einer erneuten Krise widerstandsfähig zu machen. Die Schieflage einzelner Banken soll künftig nicht mehr den ganzen Sektor in Mitleidenschaft ziehen können. Über die Umsetzung der europäischen Bankenunion in deutsches Recht hat der Deutsche Bundestag entschieden.

Der erste Schritt ist die einheitliche Bankenaufsicht, die die Europäische Zentralbank (EZB) im November 2014 übernommen hat. Der zweite Schritt ist die Einführung der sogenannten Haftungskaskade europaweit ab Anfang 2016. Damit ist ausgeschlossen, dass Steuerzahler bei künftigen Bankenrettungen als erste zur Kasse gebeten werden. Diese Grundkonstruktion der Bankenunion hat die christlich-liberale Koalition mit der weitreichenden Reform des deutschen Finanzsektors im Herbst 2008 vorgeprägt.

Einheitlicher Aufsichtsmechanismus

- Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die direkte Aufsicht über rund 130 bedeutende europäische Banken, davon 21 deutsche. Dabei wird sie von den nationalen Aufsichtsbehörden unterstützt.
- Für die Aufsicht der übrigen Institute bleiben die nationalen Aufsichtsbehörden zuständig. Die EZB kann hierfür allgemeine Vorgaben machen und erhält regelmäßige Berichte.
- Mitgliedstaaten außerhalb der Euro-Zone können auf freiwilliger Basis am Mechanismus teilnehmen.



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und Bundeskanzlerin Angela Merkel während der Generaldebatte zum Haushalt 2015 im Plenum

Haftungskaskade bei Bankenabwicklung

- Kommt die Bankenaufsicht zu dem Schluss, dass ein Institut nicht mehr lebensfähig ist und abgewickelt werden muss, werden zuerst die Eigentümer, danach die Gläubiger finanziell daran beteiligt. Ausgenommen sind Sparer mit ihren gesetzlich gesicherten Einlagen bis 100.000 Euro.
- Danach kann der europäische Bankenabwicklungsfonds einspringen, der nach deutschem Vorbild mit Mitteln der Banken gefüllt wird.
- Erst zuletzt und nur wenn alle übrigen Maßnahmen nicht ausreichen, könnten doch noch öffentliche Mittel zum Einsatz kommen.

Blaupause: Finanzmarktreform in Deutschland

Bereits 2010 hat die Bundesregierung es mit dem Restrukturierungsgesetz ermöglicht, Banken zu sanieren oder abzuwickeln, ohne die Stabilität der Finanzmärkte zu gefährden. Die Kosten tragen die Banken über die seit 2011 erhobene nationale Bankenabgabe. Überdies wurden ab 2013 die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Deutsche Bundesbank enger miteinander verzahnt. Seitdem kann die Entwicklung von Finanzinstituten besser mit der Entwicklung der Finanzmärkte und der Gesamtwirtschaft abgeglichen werden. Gefahren für die Finanzstabilität beider Seiten können somit frühzeitiger aufgedeckt und beseitigt werden.



Mobil und vernetzt in die Zukunft

Gut ausgebaute und leistungsfähige Straßen, Schienen und Wasserwege sind Grundvoraussetzung dafür, dass die Menschen sicher ans Ziel kommen und die Wirtschaft ihre Güter transportieren kann. Der Verkehr wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Die ländlichen Räume müssen an das überregionale Verkehrsnetz angebunden werden.

Modernisierung vor Neubau

Diese Entwicklungen müssen bei der derzeit laufenden Erstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans berücksichtigt werden. In Zeiten der Haushaltskonsolidierung können nicht sofort alle gewünschten Projekte umgesetzt werden. Mit dem Koalitionsvertrag werden die richtigen Prioritäten gesetzt, um die finanziellen Mittel möglichst sinnvoll zu nutzen. So sollen z.B. Investitionen in die bestehende Infrastruktur Vorrang vor Neubauprojekten haben und überregional bedeutsame Vorhaben besonderes Gewicht erhalten. Dies bedeutet, dass vor allem Engpässe auf Hauptachsen beseitigt werden sollen, damit der Verkehr fließt. Vorhandene Verkehrswege sollen durch moderne Verkehrsleitsysteme und bauliche Anpassungen besser nutzbar gemacht werden. Nicht zuletzt ist auch die Erhöhung der Verkehrssicherheit eines der entscheidenden Kriterien für Investitionen.

Nachdem bereits in den vergangenen Jahren die Verkehrsinvestitionen erhöht wurden, werden in dieser Legislaturperiode zusätzlich fünf Milliarden Euro für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stehen.

Nutzerfinanzierung von Straßen wird ausgebaut

Die Nutzerfinanzierung von Straßen wird ausgebaut: Aufgrund neuer Berechnungen zu den sogenannten Wegekosten werden die Lkw-Mautsätze angepasst

und dabei auch die Kosten für die Luftverschmutzung berücksichtigt. Ab 2015 wird die Lkw-Maut auf weiteren 1.000 Kilometern autobahnähnlicher Bundesstraßen erhoben, bis Mitte 2018 voraussichtlich auf allen Bundesstraßen.

Zum Bau von Verkehrswegen soll ergänzend privates Kapital im Wege von öffentlich-privaten Partnerschaften eingesetzt werden. Der Gesetzentwurf für eine Infrastrukturabgabe liegt vor. Damit werden künftig zusätzliche Einnahmen für die Straßen zur Verfügung stehen.

Breitband schafft Zugang zur digitalen Welt

Ziel der CDU/CSU-Fraktion ist es, dass in Deutschland ab dem Jahr 2018 flächendeckend Internetanschlüsse mit einer Bandbreite von 50 Megabit pro Sekunde zur Verfügung stehen. Der Zugang zur digitalen Welt ist mittlerweile Voraussetzung für wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe. Profitieren sollen Stadt und Land, Ost und West – aber auch der Wirtschaftsstandort Deutschland. Starke deutsche und europäische Unternehmen der Telekommunikation und Informationstechnik sollen im Wettbewerb miteinander den Breitbandausbau insbesondere im ländlichen Raum konsequent vorantreiben.

Ein Entschließungsantrag der Fraktion konkretisiert: Bestehende Netze wie Strom- und Gasnetze, Abwasserkanäle, Fernwärmeleitungen oder Verkehrsnetze sollen für den Ausbau des schnellen Internets mitgenutzt werden. Rund 80 Prozent der Kosten beim Glasfaserausbau, die normalerweise durch das Vergraben der Leitungen entstehen, können so entfallen. Die dazugehörige europäische Richtlinie soll zügig und konsequent durch eine Änderung des Telekommunikationsgesetzes umgesetzt werden.

Auch der Einsatz mobilen Breitbandes kann auf dem Land kurzfristig helfen, schnelles Internet für alle verfügbar zu machen. Frei werdende Rundfunkfrequenzen sollen ab 2017 für mobiles Breitband im ländlichen Raum genutzt werden.

Die CDU/CSU-Fraktion regt an, dass Bundesfinanz- und Bundesverkehrsministerium Haushaltsspielräume für die Vergabe zusätzlicher Fördermittel prüfen, ohne die die Ausbauziele nicht erreichbar sind.

Weitere Informationen unter
www.cduscu.de/verkehr-und-digitales
www.cduscu.de/ernaehrung-und-landwirtschaft
www.cduscu.de/verbraucherschutzbeauftragte



Den ländlichen Raum lebenswert erhalten

Rund die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt auf dem Land; die ländlichen Regionen mit ihren einzigartigen Landschaften sind für sie Heimat. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will, dass die Regionen lebenswert bleiben, dass sie wirtschaftlich eine Zukunft haben. Deshalb setzt sie sich dafür ein, dass ein modernes Netz von Verkehrswegen, Kommunikationskanälen und Energieleitungen die Regionen durchzieht, dass die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sowie der ländliche Tourismus auch in strukturschwachen Gegenden eine Perspektive haben. Bestehende Förderinstrumente werden verbessert und als „Gemeinschaftsaufgabe für ländliche Entwicklung“ breiter aufgestellt.

Eine verbesserte Förderung der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe stärkt die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, die das Fundament des ländlichen Raums ist. Zukunftsinvestitionen in besonders umwelt- und tiergerechte Produktionsverfahren werden stärker unterstützt. Eine Tierwohloffensive soll dazu

führen, dass die Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere nach neuesten wissenschaftlichen Kriterien verbessert wird.

Gesund ernähren kann sich nur, wer bewusst einkauft. Voraussetzung für eine bewusste Kaufentscheidung ist aber eine transparente Lebensmittelkennzeichnung. Die Unionsfraktion setzt sich für strengere Vorschriften bei Verstößen gegen das Lebensmittelrecht ein sowie für eine verbesserte Kennzeichnung von Allergenen in Nahrungsmitteln. Qualitativ hochwertige Lebensmittel „Made in Germany“ sollen ihrem Ruf weiterhin gerecht werden.

Ein Schwerpunktthema der kommenden Jahre bleibt die Digitalisierung. Ihr Potenzial zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Regionen ist enorm. Deutschland braucht flächendeckend eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Die Unternehmen sind bereit, dort hinein zu investieren. Sie brauchen dafür aber klare Rahmenbedingungen, auf die die CDU/CSU-

Bundestagsfraktion hinwirkt. Bestehende Förderprogramme werden besser für den Breitbandausbau genutzt. Die Digitalisierung eröffnet neue Chancen zur Aufrechterhaltung einer hohen Qualität medizinischer Versorgung auf dem Land und stellt den Familien dort zusätzliche Arbeitsplätze zur Verfügung.



Ländliche Räume werden an das schnelle Internet angeschlossen



Bildung – Ressource in einem rohstoffarmen Land

Eine erfolgreiche Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik schafft die Grundlagen für zukünftiges Wachstum und damit für den Wohlstand von morgen. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag steht seit 2005 für die Umsetzung des Anspruchs, aus der Bundesrepublik Deutschland eine Bildungsrepublik Deutschland zu machen.

Bildung ist die Voraussetzung für Freiheit, Eigenverantwortung und Urteilsvermögen jedes Einzelnen. Sie ist damit das Fundament unserer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung. Aber sie ist auch wirtschaftlich von Bedeutung: Eine starke Wissenschaft und eine zukunftsweisende Forschung bilden den Ausgangspunkt für eine Innovationskette, an deren Ende Ideen stehen, aus denen neue Produkte „Made in Germany“ werden. Die Förderung von Bildung und Forschung haben für die von CDU und CSU geführte Koalition daher höchste Priorität. Dies kommt nicht zuletzt auch in den hierfür bereitgestellten Haushaltsmitteln zum Ausdruck, die sich trotz Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2005 auf über 15 Milliarden Euro im Jahr 2014 verdoppelt haben.

Selbst wenn die Verantwortung für die Schulen den Ländern zukommt, sucht die Union auch hier nach Wegen, wie deutschlandweit Qualitätsstandards gesetzt und gewahrt werden können. Die Qualitätsinitiative Lehrerbildung, mit der der Bund innovative Konzepte der Lehrerausbildung an Hochschulen fördert, verbessert die Unterrichtsqualität und sorgt für Vergleichbarkeit in den Ausbildungsgängen.

Hightech-Strategie für das Innovationsland Deutschland

Seit 2006 bündelt der Bund seine Innovationspolitik in der forschungsbetonten Hightech-Strategie, die er derzeit zu einer umfassenden Innovationsstrategie ausbaut. Deutschland ist im internationalen Vergleich ein sehr erfolgreiches Innovationsland, noch vor den USA. Zu diesem Erfolg hat die Union maßgeb-



Volker Kauder mit dem Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik, Eckart Uhlmann

lich beigetragen: Von 2005 bis 2013 hat der Bund seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) insgesamt um 60 Prozent auf rund 14,5 Milliarden Euro erhöht. Deutschland ist hinter den USA zweitwichtigstes Zielland für FuE-Investitionen multinationaler Unternehmen. Zwischen 2005 und 2012 sind allein in der Forschung 114.000 hochwertige Arbeitsplätze geschaffen worden. Das wichtige Ziel, drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahr für Forschung und Entwicklung auszugeben, hat Deutschland 2012 erreicht.

Die Exzellenzinitiative sowie der Pakt für Forschung und Innovation brachten viel Bewegung in die deutsche Wissenschaft. Gleichzeitig hat das Wissenschaftsfreiheitsgesetz die Eigenverantwortung und die Gestaltungsmöglichkeiten für die großen Forschungsorganisationen deutlich erweitert. Die Budgets der großen Wissenschaftsorganisationen wuchsen so 2006 bis 2010 jedes Jahr um drei Prozent und seit 2011 jedes Jahr verlässlich um fünf Prozent. Die FuE-Ausgaben des Bundes an den Hochschulen haben sich seit 2005 auf über 1,5 Milliarden Euro pro Jahr mehr als verdoppelt. Die Fraktion steht für diese Verlässlichkeit in der Finanzierung ein. Sie bietet Planungssicherheit und legt so eine wesentliche Grundlage für den Erfolg der Forschung in Deutschland.

Kooperationsverbot im Hochschulbereich beenden

Bisher kann der Bund nur befristet und projektbezogen – wie in der Exzellenzinitiative – zur Stärkung und Ausstattung der Universitäten beitragen. Denn laut Grundgesetz gilt bislang ein sogenanntes Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich. Um einen langfristigen und verlässlichen Einsatz des Bundes zu ermöglichen, damit aus dem Impuls der Exzellenzinitiative nachhaltig exzellente Strukturen entstehen, beschloss der Bundestag, Artikel 91b des Grundgesetzes zu ändern.

Mit der kompletten Übernahme der BAföG-Ausgaben setzt sich der Bund direkt für die Studierenden ein. Er ermöglicht so den Ländern, jedes Jahr 1,17 Milliarden Euro mehr für Schulen und Hochschulen auszugeben. Die Höhe des BAföG wird der Entwicklung der Lebenshaltungskosten und Löhne angepasst. Förderlücken werden geschlossen; das Antragsverfahren wird vereinfacht.

Leistungsträger brauchen Förderung, sowohl in der akademischen als auch in der beruflichen Bildung. Deshalb wird das Deutschland-Stipendium ausgebaut; Aufstiegsstipendien und das Meister-BAföG werden weiterentwickelt.

Exportschlager duales Ausbildungssystem

Das deutsche Berufsbildungssystem vermittelt – wie kaum ein anderes Ausbildungssystem – berufliche Handlungskompetenz und sichert so der deutschen Wirtschaft die Fachkräfte, die sie benötigt, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Nicht zuletzt dank des praxisorientierten dualen Ausbildungssystems ist die Jugendarbeitslosenquote in Deutschland die niedrigste in ganz Europa. Das duale Ausbildungssystem selbst hat sich zum Exportschlager entwickelt. Trotzdem nimmt die Zahl der Ausbildungsverträge hierzulande immer weiter ab. Für die Politik besteht daher Handlungsbedarf.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/bildung-und-forschung



FINAL

0 2 8 1 3 9



10000 imp/kWh

2002



PHASE 2 WIRE AC METER

Wirtschaftskraft bewahren – Energiepolitik neu ausrichten

Lange Jahre wurden die Wirtschafts- und die Energiepolitik von verschiedenen Ministerien gesteuert – bisweilen mit unterschiedlichen Interessen und Ansätzen. Die Zusammenlegung beider Fachbereiche zu Beginn der Legislaturperiode dient dem Ziel, die Energiewende reibungslos und ohne Gefährdung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit umzusetzen. Die CDU/CSU-Fraktion legt Wert darauf, jegliche politischen Versuche einzudämmen, die – im Namen der Energiewende – auf Beschränkungen privater Investitionen, der unternehmerischen Freiheit oder des Wettbewerbs hinauslaufen. Die Unionsfraktion setzt sich für freie Preisbildung, für Technologieoffenheit und Vertrauensschutz ein.

Keine weiteren Belastungen für die Wirtschaft

Im Koalitionsvertrag sind durchaus sozial- und industriepolitische Maßnahmen vereinbart, die den Unternehmen zusätzliche Bürden auferlegen. Darüber hinaus akzeptiert die Unionsfraktion aber keine weiteren Belastungen der Wirtschaft. Denn: Der Wohlstand in unserem Lande muss erst erwirtschaftet werden, bevor man ans Verteilen denken kann. Wirtschaftspolitisch entscheidend sind verlässliche Rahmenbedingungen – etwa ein dauerhaft ausgeglichener Staatshaushalt und der Verzicht auf Steuererhöhungen. Profitieren wird die Wirtschaft auch von einem erfolgreichen Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten (TTIP), von der Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes und der Stabilisierung der Währungsunion. Die Fraktion setzt sich ein für die Digitalisierung der Wirtschaft – Stichwort: Industrie 4.0 – und die Stärkung des Mittelstands. Und selbstverständlich soll die Energiewende so umgesetzt werden, dass Strom verlässlich fließt und bezahlbar bleibt.

Strompreisanstieg begrenzen

Binnen weniger Monate hat die große Koalition grundlegende Maßnahmen zur Begrenzung des Strompreisanstiegs in die Wege geleitet. Trotz widerstreitender Interessen von Europäischer Union, Bundesrat, Kommunen und Anlagenbetreibern hat sie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) so novelliert, wie sie es versprochen hatte.

Beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien wird nun darauf geachtet, dass die Fördergelder effizienter eingesetzt werden. Der ausufernde Bau von Windrädern und Solaranlagen wird begrenzt, indem verbindliche Ausbaukorridore für jeden einzelnen Energieträger festgelegt werden. Zudem werden mit der Reform übermäßige Förderungen abgeschmolzen und Eigenstromerzeuger stärker an der EEG-Umlage beteiligt.

Erneuerbare Energien an den Markt heranführen

Allmählich werden die erneuerbaren Energien an Markt und Wettbewerb herangeführt. Künftig soll nicht mehr jede Kilowattstunde mit einem festen Vergütungssatz gefördert werden. Für bestimmte Ökostrommengen wird es Ausschreibungen geben, wobei die günstigsten Anbieter den Zuschlag für die Förderung erhalten. Dies bringt nicht nur Wettbewerb ins Fördersystem, sondern ist auch ein effizientes Instrument, um die Zubaumengen an Strom aus Wind, Sonne und Biogas besser zu steuern.

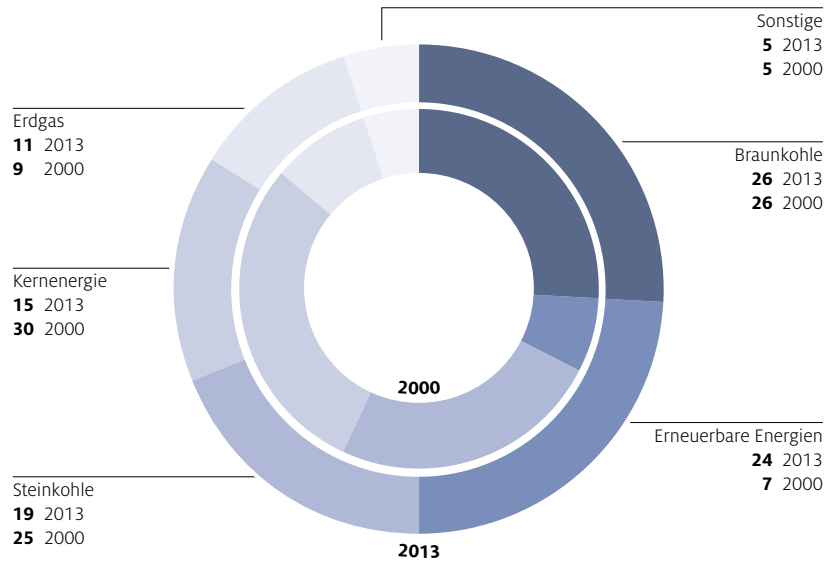
Für die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien – und damit für den Erhalt der Arbeitsplätze dort – ist die Strompreisentwicklung ein besonders sensibler Faktor. Solche Branchen brauchen Entlastungsregelungen, die mit dem europäischen Beihilferecht vereinbar sind. Daher ist es ein besonderer Erfolg, dass im Zuge der EEG-Reform hierfür eine Lösung mit der EU-Kommission gefunden wurde.

Bürger bei der Trassenplanung einbeziehen

Die weitere Umsetzung der Energiewende wird die CDU/CSU-Fraktion aufmerksam und mit viel Engagement begleiten. Völlig klar ist dabei, dass die noch fehlenden Stromnetze nur gebaut werden können, wenn auch die Bürger die dafür notwendigen Einschnitte in die Landschaft akzeptieren. Die Einbeziehung der Betroffenen vor Ort ist unverzichtbar. Deshalb ist es sinnvoll, den Netzausbaubedarf noch einmal zu überprüfen und die geltenden Regelungen gegebenenfalls anzupassen.

Bruttostromerzeugung 2013

Anteile in Prozent



Quelle: AGEE-Stat und AGEb. Statistisches Bundesamt, Stand: 2014 (Wiesbaden)

Das Thema Energieeffizienz rückt ebenfalls stärker in den Blickpunkt. Mit einem Aktionsplan wird die große Koalition die notwendigen Maßnahmen etwa zur Wärmedämmung festlegen. Zudem wird sich die Koalition intensiv mit der komplexen Frage befassen, wie in Zukunft ausreichende Kraftwerkskapazitäten bereitgestellt werden können, um die Sicherheit der Energieversorgung wetterunabhängig zu jeder Tages- und Nachtzeit zu gewährleisten.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/wirtschaft-und-energie
www.cducsu.de/umwelt
www.cducsu.de/energiebeauftragter



Mehr Gerechtigkeit für Mütter

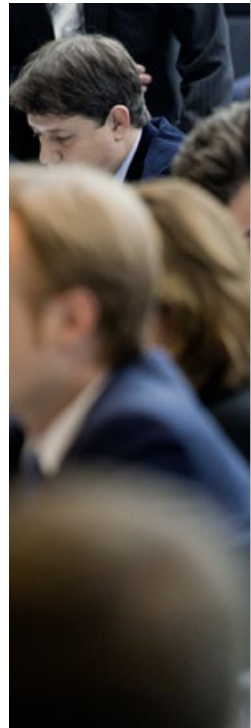
Das Rentenpaket ist beschlossen. Die Mütterrente, ein zentrales Anliegen der CDU/CSU-Fraktion, wird verbessert. Neun Millionen Müttern von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, wird künftig bei der Rente ein Jahr mehr als bisher pro Kind angerechnet. Damit wird die Erziehungsleistung der älteren Mütter besser anerkannt, denn sie mussten häufiger als die Mütter von heute wegen der Erziehung ihrer Kinder auf Berufstätigkeit verzichten – nicht zuletzt deshalb, weil Betreuungseinrichtungen fehlten.

Die Mütterrente ist solide finanziert. In einer Anhörung wiesen Experten darauf hin, dass der gesetzlichen Rentenversicherung durch Beitragszahlungen des Bundes für Kindererziehungszeiten seit 1999 rund 100 Milliarden Euro mehr Steuermittel zugeflossen sind, als im gleichen Zeitraum für Rentenzahlungen an Mütter aufgewendet wurden.

Wegen der guten Konjunktur und den hohen Reserven in der Rentenkasse werde die Rentenbeiträge zum 1. Januar 2015 um 0,2 Prozentpunkte auf 18,7 Prozent gesenkt. Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden dadurch um jeweils rund eine Milliarde Euro entlastet.

Flexibler Übergang in die Rente

Die sogenannte Flexi-Rente ist ein weiterer Bestandteil des Rentenpakets. Wer länger arbeiten kann und will, kann künftig mit seinem Arbeitgeber einvernehmlich eine Weiterbeschäftigung ab dem Rentenalter vereinbaren, auch mehrfach. In Zeiten, in denen Menschen immer älter werden und immer länger fit bleiben, sollte die Politik den Menschen den Ruhestand nicht mehr aufzwingen. Und angesichts des Fachkräftemangels brauchen die Betriebe die Älteren mit ihrer Erfahrung und ihrer Expertise mehr und mehr.



Und auch ein weiteres Anliegen aus dem Koalitionsvertrag ist umgesetzt: Arbeitnehmer, die besonders lange gearbeitet haben, haben die Möglichkeit, mit 63 Jahren ohne Abschlüsse in Rente zu gehen. Auf Drängen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es zu Veränderungen am Gesetzentwurf gekommen, womit eine Welle von Frühverrentungen verhindert wird. Grundsätzlich ist die Rente mit 63 eine Ausnahmeerscheinung. Die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre wird nicht gestoppt.

Für eine funktionierende Tarifautonomie

Tarifautonomie ist für die CDU/CSU-Fraktion ein hohes Gut. Deshalb soll auch künftig die Sorge für angemessene Löhne bei den Tarifpartnern liegen. Soll die Tarifautonomie funktionieren, braucht es starke Arbeitgeberverbände und starke Gewerkschaften. Für den Notfall gibt es die Möglichkeit, den Tariflohn in einer Branche für allgemeinverbindlich zu erklären. Das bedeutet, dass Tarifverträge auch für alle sonst nicht tarifgebundenen Arbeitnehmer und Arbeitgeber einer Branche bindend sind. Künftig kann grundsätzlich in allen



Bild links: Peter Weiß, Karl Schiewerling und Christian von Stetten vor dem Fraktionssaal

Bild rechts: Blick in den Fraktionssaal

Branchen eine Tariflohn-Untergrenze sowohl für deutsche als auch für ausländische Arbeitnehmer festgeschrieben werden.

Mindestlohnanpassung in den Händen der Tarifpartner

Für die Mehrheit der in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer gelten Tarifverträge. Aber die Tarifbindung hat stark abgenommen. Der ab Januar 2015 wirkende allgemeine Mindestlohn verhindert soziale Verwerfungen auch in jenen Branchen, in denen keine Tarifverträge

gelten oder Tarifverträge nur geringe Wirkungskraft entfalten. Er wurde einmalig auf 8,50 Euro brutto je Zeitzunde per Gesetz festgelegt. Über die Anpassung entscheidet danach in einem zweijährigen Turnus eine Kommission, die aus Vertretern der Tarifpartner besteht.

Um unerwünschte Wirkungen des Mindestlohns auf den Arbeitsmarkt zu verhindern, hat sich die Union im Dialog mit den Tarifpartnern dafür eingesetzt, dass es Ausnahmen geben kann, etwa für Langzeitarbeitslose. Dies ist insofern sinnvoll, als es deren Chancen auf Wiedereinstieg in ein Beschäftigungsverhältnis erheblich verbessert – wie ein Blick ins Ausland bestätigt.

Grundsätzlich gilt: Der allgemeine Mindestlohn ist nur das letzte Auffangnetz. Die Unionsfraktion bleibt bei ihrer Auffassung: je mehr Tarifvertrag, je weniger Staat, umso besser.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/arbeit-und-soziales
www.cducsu.de/arbeitnehmergruppe
www.cducsu.de/mittelstand





Die Vielfalt der Familie anerkennen

Mütter und Väter von heute haben die Wahl: Ob sie ihre Kinder zu Hause erziehen oder in eine Tagesstätte geben wollen, ob sie voll im Beruf stehen oder nur in Teilzeit arbeiten wollen, bleibt ihnen überlassen. Die CDU/CSU-Fraktion bringt allen Familien die gleiche Wertschätzung entgegen. Diese Wertschätzung, dieser Respekt vor der freien Entscheidung zeigt sich darin, dass die Unionsfraktion die Voraussetzungen dafür schafft, dass junge Eltern gerade in den ersten Lebensjahren ihres Kindes ihr Familienleben so gestalten können, wie es ihren Vorstellungen und Bedürfnissen entspricht. Alle Lebensformen werden gleichermaßen gefördert: Krippenplatzgarantie und Betreuungsgeld gehören zusammen.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der bedarfsgerechte Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zentral. Denn Eltern sind auf gute, zuverlässige und qualitativ hochwertige Betreuung angewiesen, wenn sie ihre Kinder erziehen und gleichzeitig erwerbstätig sein wollen oder müssen.

Kommunen und Länder sind dabei, die Herausforderung des Betreuungsanspruchs ab dem vollendeten ersten Lebensjahr zu meistern. Gelungen ist dies dank der Unterstützung des Bundes, der sich seit sechs Jahren mit bislang 5,4 Milliarden Euro am Ausbau der Betreuung für unter dreijährige Kinder beteiligt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass der Bund die Mittel für den Neu- oder Umbau von Kitas nochmals auf bis zu eine Milliarde Euro aufstockt. Ab 2017 wird er seine finanzielle Unterstützung für Länder und Kommunen bei den Betriebskosten von 845 Millionen auf 945 Millionen Euro jährlich erhöhen.

Qualität der Kinderbetreuung verbessern

Gleichzeitig arbeiten Bund, Länder und Kommunen an weiteren Verbesserungen der Betreuungsqualität. Der Bund fördert künftig Investitionen in



Küchen, Sporträume sowie behindertengerechte Umbauten. Zudem wird die Sprachförderung für Kinder ausgebaut, denn gutes Deutsch ist der Schlüssel zum Erfolg in Schule und Beruf. Gutes Deutsch erleichtert auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Integration in die Gemeinschaft. Der Bund unterstützt Länder und Kommunen mit rund 400 Millionen Euro bei der Finanzierung der 4.000 Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration. Die Initiative stellt sicher, dass die Kinder schon in einem Alter unterstützt werden, in dem Sprachförderung besonders wirkungsvoll ist. Insgesamt hat der Bund schon sehr viel auf den Weg gebracht zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Betreuung, obwohl beides in der Verantwortung von Ländern und Kommunen liegt.

Wiedereinstieg nach der Baby-Pause erleichtern

Stärker als je zuvor ist der Wunsch der Eltern ausgeprägt, Erwerbstätigkeit und Familienarbeit zwischen Mutter und Vater partnerschaftlich aufzuteilen. Eine Möglichkeit, ein solches Modell zu leben, ist Teilzeitarbeit. Bisher verlieren Eltern aber einen Teil ihres Elterngeldanspruchs, wenn sie nach der Geburt beruflich in Teilzeit einsteigen. Wer dann etwa bei einer halben Stelle auch nur



Berufstätige Mutter holt ihren Sohn ab

das halbe Elterngeld bezieht, bekommt es dennoch nur für zwölf Monate – beziehungsweise für 14 Monate, falls auch der Partner zwei Monaten übernimmt.

Das Elterngeld Plus schließt die Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Teilzeitarbeitende Eltern können nun länger Elterngeld beziehen. Wenn z.B. nur das halbe Elterngeld verbraucht wird, kann das Elterngeld künftig für 24 beziehungsweise 28 Monate bezogen werden. Gleichzeitig wird ein Partnerschaftsbonus gewährt, wenn beide Eltern Teilzeit arbeiten. Das bedeutet, sie bekommen einen Zuschlag von je vier Elterngeld-Plus-Monaten auf das Elterngeld, soweit beide parallel zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten. Das macht die Kombination von Elterngeldbezug und Teilzeiterwerbstätigkeit attraktiver und gibt den Eltern gleichzeitig mehr Raum für die Familie.

Auch die Inanspruchnahme der Elternzeit wird flexibilisiert. Väter und Mütter können einen Teil der Elternzeit, die sie nach der Geburt des Kindes nicht beansprucht haben, zwischen dem dritten Geburtstag und dem vollendeten achten Lebensjahr aufteilen.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/familie





Gute Pflege ist ihr Geld wert

Vor zwanzig Jahren hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Einführung der Pflegeversicherung maßgeblich vorangetrieben. Seither gibt es ein breites Unterstützungssystem für Pflegebedürftige. In dieser Wahlperiode werden mit Hilfe von zwei Gesetzen die Pflegeleistungen ausgebaut, denn die Zahl der Pflegebedürftigen und Demenzkranken wird steigen – bedingt alleine dadurch, dass die Gesellschaft immer älter wird und dass mit zunehmendem Alter Krankheiten und Gebrechen sich häufen.

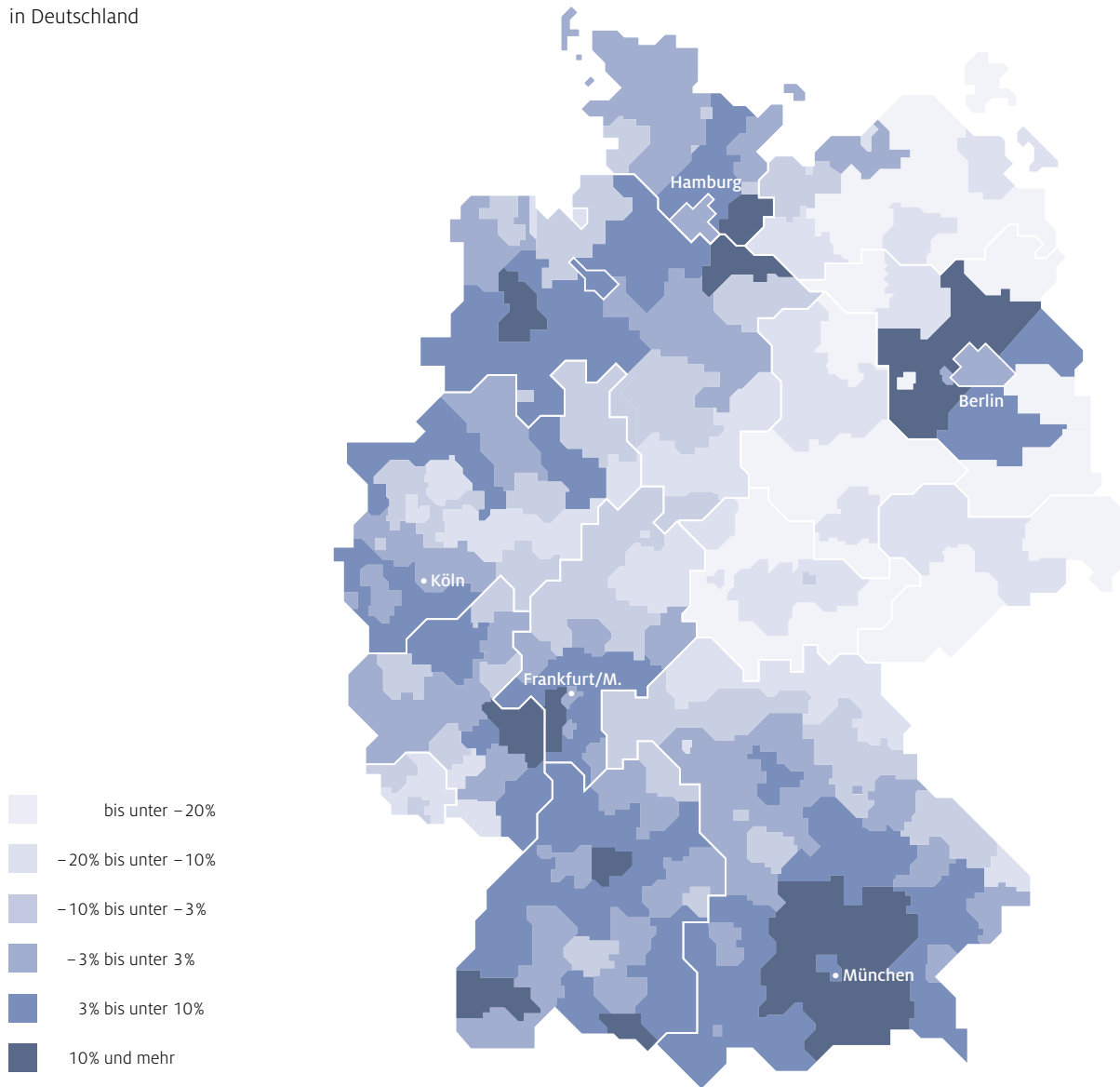
In einer ersten Stufe ab 1. Januar 2015 soll es in der Pflegeversicherung Leistungsverbesserungen im Wert von 2,4 Milliarden Euro geben. Alle Leistungsbeträge werden um vier Prozent angehoben, um die Preissteigerung der letzten drei Jahre auszugleichen. Hierfür stehen 890 Millionen Euro zur Verfügung. Die große Bedeutung der Pflegereform liegt darin, dass nicht einfach nur Geld verteilt wird, sondern dass die Pflegebedürftigen und die Menschen, die sie pflegen, stärker unterstützt werden. Mehr als zwei Drittel – genauer gesagt 70 Prozent – der Menschen, die gegenwärtig täglich auf Pflegeleistungen angewiesen sind, werden zu Hause gepflegt. Dies entspricht dem Wunsch der Menschen. Ihnen zu helfen, ist Ziel der Pflegereform.

Passgenaue Hilfen für jeden Einzelnen

Jede Pflegesituation ist anders. Es bedarf also passgenauer Hilfen: Rund 350 Millionen Euro stehen für die Flexibilisierung von Unterstützungsleistungen wie der Kurzzeit- und Verhinderungspflege beziehungsweise der Tages- und Nachtpflege bereit. Diese Leistungen werden künftig nicht mehr gegeneinander aufgerechnet. Wer bereits ambulante Pflegeleistungen und/oder Pflegegeld bekommt, kann in Zukunft daneben auch Tages- und Nachtpflege voll in Anspruch nehmen. Das erleichtert es den Pflegebedürftigen, in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben.

Künftige Bevölkerungsdynamik

Veränderung der Bevölkerungszahl 2005 bis 2030
in Deutschland



Datenbasis: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Millionen Krankenversicherte werden entlastet

Seit 2005 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vieles unternommen, um die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung zu stabilisieren. Hierzu hat sie nachhaltige Regelungen geschaffen. Gleichzeitig hat sie die Debatte über einen radikalen Umbau des Gesundheitssystems beendet: Die Bürgerversicherung ist kein Thema mehr. Denn steigende Gesundheitskosten machen Arbeit nicht automatisch teurer.

Der Beitragssatz, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Krankenversicherung zahlen, sinkt Anfang 2015 von bisher 15,5 Prozent auf 14,6 Prozent. Den bisher einheitlichen Sonderbeitrag in Höhe von 0,9 Prozentpunkten, den allein die Arbeitnehmer zu zahlen hatten, gibt es künftig nicht mehr.

Damit werden den Krankenkassen voraussichtlich Finanzmittel fehlen. Diese kann jede einzelne Kasse je nach ihrem Finanzbedarf über einen vom Einkommen abhängigen Zusatzbeitrag erheben, den Arbeitnehmer und Rentner alleine zahlen. Dabei wird es Kassen geben, die weniger als die bisherigen 0,9 Prozentpunkte verlangen, und Kassen, die womöglich mehr fordern. Angesichts der Rücklagen der Krankenkassen, die zum Jahresende 2013 rund 16,5 Milliarden Euro betragen, dürfte dieser Sonderbeitragssatz aber im Durchschnitt unter den 0,9 Prozentpunkten liegen. Für die Versicherten kommt dies einer Beitragssatzsenkung gleich – und das, obwohl die Ausgaben der Kassen in den letzten zehn Jahren durchschnittlich um sechs Milliarden Euro beziehungsweise 3,7 Prozent im Jahr gestiegen sind.

Zum ersten Mal werden Leistungen der teilstationären Tages- und Nachtpflege auch für Familien mit Angehörigen in der Pflegestufe 0 zugänglich gemacht. Gerade für Familien mit Demenzkranken ist dies – im Vorgriff auf den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff – eine wichtige Verbesserung. Weitere rund 300 Millionen Euro sind für zusätzliche Betreuung und Hilfen im Alltag vorgesehen. Und der Zuschuss etwa für den Einbau eines Treppenlifts oder einer behindertengerechten Badewanne wird um 1.600 Euro auf dann bis zu 4.000 Euro pro Baumaßnahme angehoben. All dies stärkt nicht allein die Pflegebedürftigen, sondern hilft auch den Angehörigen, die die Betroffenen zu Hause pflegen.

Zahl der Betreuungskräfte verdoppeln

Doch es gibt Formen der Pflegebedürftigkeit, die über die Kräfte der Angehörigen hinausgehen. Oft haben die Pflegebedürftigen auch keine nahestehenden Personen mehr, die die Pflege übernehmen könnten. Um die Fachkräfte in den Einrichtungen zu entlasten, soll die Zahl der Betreuungskräfte auf 45.000 fast verdoppelt werden. Diese Betreuer kümmern sich um die menschliche Seite, um die alltäglichen Nöte der Betroffenen – was bedeutet, dass sich die professionellen Pflegekräfte mehr Zeit für sachkundige Pflege nehmen können. Dafür wird jährlich über eine halbe Milliarde Euro zusätzlich aufgewendet.

Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff im Praxistest

Die Pflegeversicherung ist ein Erfolg. Die Finanzreserven beliefen sich Ende 2013 auf sechs Milliarden Euro. Seit 2012 erhalten Demenzkranke mehr Leistungen. Die Unterstützung wird erneut ausgebaut. Parallel dazu beginnen zwei Modellprojekte, mit denen der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff in der Praxis erprobt wird. Dieser soll in der zweiten Reformstufe umgesetzt werden. Der Beitrag zur Pflegeversicherung wird dann um weitere 0,2 Prozentpunkte angehoben. Pro Jahr werden am Ende dieser Legislaturperiode rund fünf Milliarden Euro mehr in die Pflege fließen. Die Ausgaben steigen bis dahin um 25 Prozent.

Weitere Informationen unter
www.cducsu.de/gesundheit



Mehrere Generationen
einer Familie



Auch in Zukunft genug Geld für die Pflege

Die Jahre 1959 bis 1967 waren in Deutschland die geburtenstärksten Jahrgänge überhaupt. Von den 1,24 bis 1,36 Millionen Menschen, die in den Zeiten des Baby-Booms pro Jahr geboren wurden, erreichen die ersten im Jahr 2034 das 75. Lebensjahr. Dann steigt für diese Menschen das Risiko, pflegebedürftig zu werden.

Das heißt auch: 2050 wird es mehr als doppelt so viele Pflegebedürftige geben wie heute. Gleichzeitig wird die Zahl der aktiven Beschäftigten wesentlich geringer sein. Auch die dann jungen Menschen sollen finanziell nicht überfordert werden, damit sie ihr Leben selbst in die Hand nehmen können.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich deshalb dafür stark gemacht, dass ab 2015 rund 1,2 Milliarden Euro pro Jahr für den

Aufbau eines Pflegevorsorgefonds zurückgelegt werden. Dafür werden 0,1 Prozentpunkte des Pflegeversicherungsbeitrags verwendet. So wird ein massiver Beitragssatzanstieg verhindert, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins Pflegealter kommen.

Der Vorsorgefonds ist ein konkreter Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Mit dem Geld werden Jahrgänge versorgt, die selbst viel in die Pflegeversicherung eingezahlt haben. Gleichzeitig garantiert der Fonds ihnen gleiche Leistungen bei vergleichbaren Beitragssätzen.

Das Geld wird bei der Deutschen Bundesbank hinterlegt, die auch die deutschen Goldreserven zuverlässig verwaltet. Keine künftige Bundesregierung kann die Fondsmittel ohne ein neues Gesetzgebungsverfahren ausgeben.



Die Arbeitsgruppe Gesundheit tagt unter dem Vorsitz von Jens Spahn

Weitere Informationen zu ausgewählten Politikfeldern

Sport und Ehrenamt

www.cducsu.de/sport

Kultur und Medien

www.cducsu.de/kultur-und-medien

Digitale Agenda

www.cducsu.de/digitale-agenda

Petitionen

www.cducsu.de/petitionen

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

www.cducsu.de/nachhaltigkeit

2. Untersuchungsausschuss

www.cducsu.de/2-untersuchungsausschuss

Gruppe der Frauen

www.cducsu.de/frauen

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

www.cducsu.de/vertriebene

Junge Gruppe

www.cducsu.de/junge-gruppe

Beauftragter für Menschen mit Behinderungen

www.cducsu.de/behindertenbeauftragter

Beauftragter für die maritime Wirtschaft

www.cducsu.de/maritime-wirtschaft

Tourismus

www.cducsu.de/tourismus

Beauftragte für Integration

www.cducsu.de/integrationsbeauftragte

Beauftragter für Klimaschutz

www.cducsu.de/klimaschutzbeauftragter

Beauftragter für Großstädte

www.cducsu.de/grossstadtbeauftragter

Beauftragter für den demografischen Wandel

www.cducsu.de/demografiebeauftragter



Die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Plenarsaal des Deutschen Bundestages





Fraktionsvorstand

Geschäftsführender Vorstand

Vorsitzender



Volker Kauder

Stellvertretende Vorsitzende



Arbeit und Soziales, Arbeitnehmer, Wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung
Sabine Weiss



Außen, Verteidigung, GASP und GSVP, Europarat
Dr. Andreas Schockenhoff



Bildung und Forschung, Kunst, Kultur und Medien
Michael Kretschmer



Ernährung und Landwirtschaft, Kirchen, Petitionen
Dr. Franz Josef Jung



Europapolitik, Europa-Koordination, Parlamentarische Zusammenarbeit in Europa, Verbindungsbüro Brüssel
Dr. Hans-Peter Friedrich



Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Digitale Agenda
Nadine Schön

Erste Stellvertretende Vorsitzende und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe



Gerda Hasselfeldt



Gesundheit, Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Dr. Georg Nüßlein



Haushalt, Finanzen, Kommunalpolitik
Ralph Brinkhaus



Recht und Verbraucherschutz, Innen, Sport und Ehrenamt, Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten
Thomas Strobl



Verkehr und digitale Infrastruktur, Aufbau Ost, Menschenrechte
Arnold Vaatz



Wirtschaft und Energie, Mittelstand, Tourismus
Dr. Michael Fuchs

Parlamentarische Geschäftsführer



Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer
Michael Grosse-Brömer



Stellvertreter des Ersten Parlamen-
tarischen Geschäftsführers und
Parlamentarischer Geschäftsführer
der CSU-Landesgruppe
Max Straubinger



Manfred Grund



Bernhard Kaster



Michaela Noll

Justiziere



Helmut Brandt



Dr. Hans-Peter Uhl



Eckhardt Rehberg

Sprecher der CDU-Landesgruppen

Fraktionsvorstand Arbeitsgruppen

Vorsitzende der Arbeitsgruppen



Angelegenheiten
der Europäischen Union
Michael Stübgen



Arbeit und Soziales
Karl Schiewerling



Auswärtiges
Philipp Mißfelder



Bildung und Forschung
Albert Rupprecht



Digitale Agenda
Thomas Jarzombek



Finanzen
Antje Tillmann



Gesundheit
Jens Spahn



Haushalt
Norbert Barthle



Innen
Stephan Mayer



Kultur und Medien
Marco Wanderwitz



Petitionen
Günter Baumann



Recht und Verbraucherschutz
**Elisabeth
Winkelmeier-Becker**



Sport und Ehrenamt
Eberhard Gienger



Tourismus
Daniela Ludwig



Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit
Marie-Luise Dött



Wirtschaft und Energie
Dr. Joachim Pfeiffer



Wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung
Sibylle Pfeiffer



1. Untersuchungsausschuss
(NSA)
Roderich Kiesewetter



2. Untersuchungsausschuss
Armin Schuster

Fraktionsvorstand Soziologische Gruppen und Beisitzer



Ernährung und
Landwirtschaft
Franz-Josef Holzenkamp



Familie, Senioren,
Frauen und Jugend
Marcus Weinberg



Menschenrechte
und humanitäre Hilfe
Erika Steinbach



Parlamentarischer Beirat
für nachhaltige Entwicklung
Dr. Andreas Lenz



Verteidigung
Henning Otte



Verkehr und digitale
Infrastruktur
Ulrich Lange



Arbeitnehmergruppe
Peter Weiß



Arbeitsgemeinschaft
Kommunalpolitik
Ingbert Liebing



Gruppe der Frauen
Karin Maag



Gruppe der Vertriebenen,
Aussiedler und deutschen
Minderheiten
Klaus Brähmig



Junge Gruppe
Steffen Bilger



Parlamentskreis
Mittelstand
**Christian Freiherr
von Stetten**

Vorsitzende der soziologischen Gruppen

Beisitzer im Fraktionsvorstand

Thomas Bareiß
Ute Bertram
Axel E. Fischer
Klaus-Peter Flosbach
Olav Gutting
Dr. Matthias Heider
Karl Holmeier
Hubert Hüppe

Dr. h.c. Hans Michelbach
Dr. Philipp Murmann
Ingrid Pahlmann
Johannes Röring
Patrick Schnieder
Stephan Stracke
Lena Strothmann

Weitere Gremien

Beauftragte des Vorsitzenden

Beauftragte des Vorsitzenden



Beauftragter für den
demografischen Wandel
Michael Frieser



Beauftragter für
die maritime Wirtschaft
Eckhardt Rehberg



Beauftragter für Kirchen
und Religionsgemeinschaften
Dr. Franz Josef Jung



Beauftragter für
Klimaschutz
Andreas Jung



Beauftragter für Menschen
mit Behinderungen
Uwe Schummer



Energiebeauftragter
Thomas Bareiß



Großstadtbeauftragter
Kai Wegner



Integrationsbeauftragte
Cemile Giousouf



Verbraucherschutz-
beauftragte
Mechthild Heil

Weitere Gremien Landesgruppen

Vorsitzende der Landesgruppen



CSU-Landesgruppe
Gerda Hasselfeldt



Baden-Württemberg
Thomas Strobl



Berlin
Kai Wegner



Brandenburg
Michael Stübgen



Bremen
Elisabeth Motschmann



Hamburg
Rüdiger Kruse



Hessen
Dr. Michael Meister



Mecklenburg-Vorpommern
Eckhardt Rehberg



Niedersachsen
Dr. Mathias Middelberg



Nordrhein-Westfalen
Peter Hintze



Rheinland-Pfalz
Peter Bleser



Saarland
Peter Altmaier



Sachsen
Michael Kretschmer



Sachsen-Anhalt
Heike Brehmer



Schleswig-Holstein
Dr. Ole Schröder



Thüringen
Manfred Grund

Weitere Gremien

Gremien des Bundestages

Bundestagspräsident



Prof. Dr. Norbert Lammert

Vorsitzende der Bundestagsausschüsse



Auswärtiger Ausschuss
Dr. Norbert Röttgen



Ausschuss für Bildung, Forschung
und Technikfolgenabschätzung
Patricia Lips



Ausschuss Digitale Agenda
Jens Koeppen



Ausschuss für die Angelegen-
heiten der Europäischen Union
Gunther Krichbaum



Ausschuss für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend
Paul Lehrieder



Innenausschuss
Wolfgang Bosbach

Bundestagsvizepräsidenten



Peter Hintze



Ausschuss für Tourismus
Heike Brehmer



Ausschuss für Wahlprüfung,
Immunität und Geschäfts-
ordnung
Dr. Johann Wadephul



Ausschuss für Wirtschaft
und Energie
Dr. Peter Ramsauer



Johannes Singhammer



1. Untersuchungsausschuss
(NSA)
Prof. Dr. Patrick Sensburg

311 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete



Ausschuss für Ernährung
und Landwirtschaft
Gitta Connemann



Ausschuss für Menschen-
rechte und humanitäre Hilfe
Michael Brand



Ausschuss für wirtschaft-
liche Zusammenarbeit und
Entwicklung
Dagmar G. Wöhrl

A

Albani, Stephan
Albsteiger, Katrin
Altmaier, Peter
Auernhammer, Artur

B

Bär, Dorothee
Bareiß, Thomas
Barthle, Norbert
Bartz, Julia
Baumann, Günter
Beermann, Maik
Behrens, Manfred
Bellmann, Veronika
Benning, Sybille
Berghegger, Dr. André
Bergner, Dr. Christoph
Bertram, Ute
Beyer, Peter
Bilger, Steffen
Binnering, Clemens
Bleser, Peter
Böhmer, Prof. Dr. Maria
Bosbach, Wolfgang
Brackmann, Norbert
Brähmig, Klaus
Brand, Michael
Brandl, Dr. Reinhard
Brandt, Helmut
Brauksiepe, Dr. Ralf
Braun, Dr. Helge
Brehmer, Heike
Brinkhaus, Ralph

C

Caesar, Cajus
Connemann, Gitta

D

Dinges-Dierig, Alexandra
Dobrindt, Alexander
Donth, Michael

Dörflinger, Thomas
Dött, Marie-Luise
Durz, Hansjörg

E

Eckenbach, Jutta

F

Fabritius, Dr. Bernd
Färber, Hermann
Feiler, Uwe
Feist, Dr. Thomas
Ferlemann, Enak
Fischbach, Ingrid
Fischer, Axel E.
Fischer, Dirk
Flachsbarth, Dr. Maria
Flosbach, Klaus-Peter
Frei, Thorsten
Freudenstein, Dr. Astrid
Friedrich, Dr. Hans-Peter
Frieser, Michael
Fuchs, Dr. Michael
Fuchtel, Hans-Joachim
Funk, Alexander

G

Gädechens, Ingo
Gauweiler, Dr. Peter
Gebhart, Dr. Thomas
Gerig, Alois
Gienger, Eberhard
Giousouf, Cemile
Göppel, Josef
Grindel, Reinhard
Grodén-Kranich, Ursula
Gröhe, Hermann
Gröhler, Klaus-Dieter
Grosse-Brömer, Michael
Grotelüschen, Astrid
Grübel, Markus
Grund, Manfred
Grundmann, Oliver

Grütters, Prof. Monika
Gundelach, Dr. Herlind
Güntzler, Fritz
Gutting, Olav

H

Haase, Christian
Hahn, Florian
Harbarth, Dr. Stephan
Hardt, Jürgen
Hasselfeldt, Gerda
Hauer, Matthias
Hauptmann, Mark
Heck, Dr. Stefan
Heider, Dr. Matthias
Heiderich, Helmut
Heil, Mechthild
Heinrich, Frank
Helfrich, Mark
Heller, Uda
Hellmuth, Jörg
Henke, Rudolf
Hennrich, Michael
Heveling, Ansgar
Hintze, Peter
Hirte, Christian
Hirte, Prof. Dr. Heribert
Hochbaum, Robert
Hoffmann, Alexander
Holmeier, Karl
Holzenkamp, Franz-Josef
Hoppenstedt, Dr. Hendrik
Horb, Margaret
Hornhues, Bettina
Huber, Charles M.
Hübinger, Anette
Hüppe, Hubert

I

Irlstorfer, Erich

J

Jarzombek, Thomas
Jörrißen, Sylvia
Jung, Andreas
Jung, Dr. Franz Josef
Jung, Xaver
Jüttner, Prof. Dr. Egon

K

Kalb, Bartholomäus
Kammer, Hans-Werner
Kampeter, Steffen
Kanitz, Steffen
Karl, Alois
Karliczek, Anja
Kaster, Bernhard
Kauder, Volker
Kaufmann, Dr. Stefan
Kiesewetter, Roderich
Kippels, Dr. Georg
Klein, Volkmar
Klimke, Jürgen
Knoerig, Axel
Koeppen, Jens
Koob, Markus
Körber, Carsten
Koschyk, Hartmut
Kovac, Kordula
Kretschmer, Michael
Krichbaum, Gunther
Kriings, Dr. Günter
Kruse, Rüdiger
Kudla, Bettina
Kühne, Dr. Roy

L

Lach, Günter
Lagosky, Uwe
Lammers, Dr. Karl
Lämmel, Andreas
Lammert, Prof. Dr. Norbert
Landgraf, Katharina
Lange, Ulrich

Lanzinger, Barbara
Launert, Dr. Silke
Lehrieder, Paul
Leikert, Dr. Katja
Lengsfeld, Dr. Philipp
Lenz, Dr. Andreas
Lerchenfeld, Philipp Graf
Leyen, Dr. Ursula von der
Lezius, Antje
Liebing, Ingbert
Lietz, Matthias
Lindholz, Andrea
Linnemann, Dr. Carsten
Lips, Patricia
Lorenz, Wilfried
Lücking-Michel, Dr. Claudia
Luczak, Dr. Jan-Marco
Ludwig, Daniela

M

Maag, Karin
Magwas, Yvonne
Mahlberg, Thomas
Maizière, Dr. Thomas de
Manderla, Gisela
Marschall, Matern von
Marwitz,
Hans-Georg von der
Mattfeldt, Andreas
Mayer, Stephan
Meier, Reiner
Meister, Dr. Michael
Merkel, Dr. Angela
Metzler, Jan
Michalk, Maria
Michelbach, Dr. h.c. Hans
Middelberg, Dr. Mathias
Mißfelder, Philipp
Monstadt, Dietrich
Möring, Karsten
Mortler, Marlene
Motschmann, Elisabeth
Müller, Carsten

Müller, Dr. Gerd
Müller, Stefan
Murmann, Dr. Philipp

N

Nick, Dr. Andreas
Noll, Michaela
Nowak, Helmut
Nüßlein, Dr. Georg

O

Oellers, Wilfried
Oßner, Florian
Ostermann, Dr. Tim
Otte, Henning

P

Pahlmann, Ingrid
Pantel, Sylvia
Patzelt, Martin
Pätzold, Dr. Martin
Petzold, Ulrich
Pfeiffer, Dr. Joachim
Pfeiffer, Sibylle
Pofalla, Ronald
Pols, Eckhard

R

Rachel, Thomas
Radomski, Kerstin
Radwan, Alexander
Rainer, Alois
Ramsauer, Dr. Peter
Rehberg, Eckhardt
Reiche, Katherina
Riebsamen, Lothar
Rief, Josef
Riesenhuber,
Prof. Dr. Heinz
Röring, Johannes
Röttgen, Dr. Norbert
Rüddel, Erwin
Rupprecht, Albert

S

Schäfer, Anita
Schäuble, Dr. Wolfgang
Scheuer, Andreas
Schiewerling, Karl
Schimke, Jana
Schindler, Norbert
Schipanski, Tankred
Schmelzle, Heiko
Schmidt, Christian
Schmidt, Gabriele
Schnieder, Patrick
Schockenhoff, Dr. Andreas
Schön, Nadine
Schroder, Dr. Kristina
Schröder, Dr. Ole
Schulte-Drüggele,
Bernhard
Schulze, Dr. Klaus-Peter
Schummer, Uwe
Schuster, Armin
Schwarzer, Christina
Seif, Detlef
Selle, Johannes
Sendker, Reinhold
Sensburg, Prof. Dr. Patrick
Siebert, Bernd
Silberhorn, Thomas
Singhammer, Johannes
Sorge, Tino
Spahn, Jens
Stauche, Carola
Steffel, Dr. Frank
Stefinger, Dr. Wolfgang
Stegemann, Albert
Stein, Peter
Steinbach, Erika
Steineke, Sebastian
Steiniger, Johannes
Stetten, Christian
Freiherr von
Stier, Dieter
Stockhofe, Rita

Storjohann, Gero
Stracke, Stephan
Straubinger, Max
Strebl, Matthäus
Strenz, Karin
Stritzl, Thomas
Strobl, Thomas
Strothmann, Lena
Stübgen, Michael
Sütterlin-Waack, Dr. Sabine

T

Tauber, Dr. Peter
Tillmann, Antje
Timmermann-Fechter,
Astrid

U

Uhl, Dr. Hans-Peter
Ullrich, Dr. Volker

V

Vaatz, Arnold
Veith, Oswin
Viesehon, Thomas
Vietz, Michael
Vogel, Volkmar
Volmering, Sven
Voßbeck-Kayser, Christel
Vries, Kees de

W

Wadepful, Dr. Johann
David
Wanderwitz, Marco
Warken, Nina
Wegner, Kai
Weiler, Albert
Weinberg, Marcus
Weiß, Peter
Weisgerber, Dr. Anja
Weiss, Sabine
Wellenreuther, Ingo

Wellmann, Karl-Georg
Wendt, Marian
Westermayer, Waldemar
Whittaker, Kai
Wichtel, Peter
Widmann-Mauz, Annette
Wiese, Heinz
Willsch, Klaus-Peter
Winkelmeier-Becker,
Elisabeth
Wittke, Oliver
Wöhrl, Dagmar G.
Woltmann, Barbara

Z

Zech, Tobias
Zertik, Heinrich
Zeulner, Emmi
Zimmer, Prof. Dr. Matthias
Zollner, Gudrun

Kontakt

Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Anschrift

Vorname und Zuname
der/des Bundestagsabgeordneten
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail

vorname.zuname@bundestag.de

Bürgerbüro

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ein Büro für
Bürgerkommunikation.

Bei Fragen, Anregungen und Kommentaren zur Arbeit
der Unionsfraktion erreichen Sie es unter:

030. 227-5 55 50
www.cducsu.de/kontakt

Online

Weitere Informationen über die CDU/CSU-Fraktion

www.cducsu.de
blogfraktion.de



facebook.com/cducsubundestagsfraktion



plus.google.com/+CDU-CSU-Fraktion



www.youtube.com/cducsu



twitter.com/cducsu
twitter.com/cducsupm

Die CSU-Landesgruppe erreichen Sie unter
www.csu-landesgruppe.de

Impressum

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Kommunikation
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T 030. 2 27-5 53 74
F 030. 2 27-5 01 46
pressestelle@cducsu.de
www.cducsu.de

Gestaltung

adlerschmidt kommunikationsdesign gmbh, Berlin

Druck

Ruksaldruck, Berlin
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger
Waldbewirtschaftung

Bildnachweis

Umschlag: Corbis; S. 4: Götz Schleser; S. 6: Tobias Koch; S. 7: Steven Rösler;
S. 8: Corbis; S. 10: Picture Alliance/dpa; S. 12: Picture Alliance/dpa; S. 13:
Steven Rösler; S. 14: Steven Rösler; S. 15: Picture Alliance/dpa; S. 16:
Ulrich Scharlack; S. 19: Ulrich Scharlack; S. 20: Getty Images; S. 24: Picture
Alliance/dpa; S. 26: Steven Rösler; S. 28: Getty Images; S. 30: Steven Rösler;
S. 31: Julia Nowak; S. 35: Steven Rösler; S. 36: Fotolia; S. 39: Fotolia; S. 40:
Getty Images; S. 42: Ulrich Scharlack; S. 44: Getty Images; S. 48: Getty
Images; S. 50: Steven Rösler; S. 51: Tobias Koch; S. 52: Getty Images; S. 54:
Steven Rösler; S. 55: Getty Images; S. 56: Getty Images; S. 60: Getty Images;
S. 61: Steven Rösler; S. 63: Tobias Koch; S. 64/65: Tobias Koch; S. 66–73:
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Fotos dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.

Stand

November 2014



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons
License veröffentlicht: <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich
machen. Es gelten folgende Bedingungen:

Namensnennung

Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm fest-
gelegten Weise nennen. Zitierhinweis: „Werte verteidigen, Zukunft sichern.
Arbeitsbericht der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 2014“

Sie müssen einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen
vorgenommen wurden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließ-
lich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck
der Wahlwerbung verwendet werden.

